

Metallarbeiter-Zeitung

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN METALLARBEITER-VERBANDES

Bezugspreis: Monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des D. M. V., Berlin Nr. 138 262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes,
Berlin Nr. 121 218

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung u. Versandstelle: Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

15 Millionen Menschen hungern!

F. K. Nach amtlicher Angabe waren am 30. November in Deutschland 3 762 000 Menschen arbeitslos. Dreiunddreißig Millionen Deutsche also, die von der überaus kargen Arbeitslosenunterstützung ihr Dasein fristen oder die auf die Bettelgroschen der öffentlichen Wohlfahrt angewiesen sind. Zu diesen schwer Notleidenden kommen noch Hunderttausende von Kurzarbeitern, deren Arbeitseinkommen meist auch nicht oder nur wenig höher ist, als die Unterstützung der ganz Erwerbslosen. Ein erheblicher Teil der verschiedenen Gruppen der halb und ganz Erwerbslosen hat Angehörige, hat Frau und Kinder zu ernähren. Wenn man deren Zahl zu den Kurzarbeitern und Erwerbslosen zählt, so beträgt die Zahl der Notleidenden mindestens 15 Millionen.

Für diese 15 Millionen — ein Viertel der deutschen Bevölkerung! — läuten die Weihnachtsglocken umsonst. Sie können diesen Millionen nicht den Frieden auf Erden künden, weil sie ständig im Kampfe mit dem Hunger und dem Elende liegen; sie können ihnen auch kein Wohlgefallen künden, weil sie ob ihres trostlosen Schicksals mit Gott und den Menschen hadern. Hadern müssen, weil nirgends eine ernste Anstrengung gemacht wird, dieses trostlose Schicksal zu mildern, von dem Beseitigen gar nicht zu reden.

Die christliche Gesellschaft ist zur kapitalistischen ausgeartet. Das ist eine Gesellschaft, wo nicht der Frieden unter den Menschen herrscht, sondern der Krieg, nicht gegenseitiges Wohlgefallen, sondern blutige Fehde. Wo nicht die Menschen einträchtiglich miteinander hausen und selbst der Frömmste nicht in Frieden leben kann. Jener Krieg und diese Fehde werden von denjenigen Menschen entfacht, genährt und planmäßig gesteigert, die durch Gottes Zorn, nein, durch die straffällige Gütmütigkeit der werktätigen Schichten in den Besitz von Grund und Boden und der Produktionsmittel gekommen sind, durch die Kapitalisten. Diese stiften Krieg und Fehde, weil ihnen daraus Macht und Reichtum quillt. Und mit ihrer Macht und ihrem Reichtum zwingen sie die Regierungen unter ihren Willen, beeinflussen sie die Gesetzgebung in ihrem Sinne, heuern sie Schreibknechte an zur Fälschung der Tatsachen und besolden und bewaffnen sie Banden, die die Widersacher der kapitalistischen Gesellschaft niederschlagen haben, und die ihre Aufgabe denn auch rücksichtslos erfüllen.

Beweise für die Wahrheit des Gesagten braucht man heute nicht zu bringen, denn sie liegen ja handgreiflich in allen Gassen und in den Produkten der Gesetzgebung. Die ständig zunehmende Arbeitslosigkeit, die üblen Notverordnungen, die lohnraubenden Schiedssprüche sowie die erschreckend um sich greifenden Störungen des Bürgerfriedens durch die Faschisten beweisen drastisch, wie groß die Macht, die Übermacht der Kapitalistenklasse geworden ist. In der Größe dieser Übermacht drückt sich die Größe der Not der Arbeiterklasse aus, als auch die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit, sie zu vermindern.

Die Kapitalistenklasse wird, selbst wenn sie willens dazu wäre, nichts gegen die Pest der Arbeitslosigkeit tun, weil sie ihr Wesen aufgeben müßte. Warum sollte sie übrigens dagegen etwas unternehmen? Sie befindet sich ja ganz wohl, nie ist ihre äußere Macht größer gewesen, noch nie hat sie so viel Minister, Parlamentarier, Schlichter, Zeitungsschreiber und Totschläger zu ihren Diensten gehabt. Und die Volksvertretung? Nun, während der Reichstagswahl haben alle Parteien heilig versprochen, sich der wirtschaftlichen Not anzunehmen. Wie das Versprechen gehalten wird, weiß alle Welt. Die Volksvertretung vermag nicht sich selbst zu helfen. Sie ist ganz unfähig, nur die Mißbelligkeiten zu beseitigen, die sie sich selbst bereitet. Sie bringt es noch nicht einmal mehr fertig, ihres Daseins Urzweck gerecht zu werden, so daß der Mangel mit Notverordnungen jämmerlich ausgeglichen wird.

Am 1. Dezember hat der Reichspräsident nicht weniger als 25 Gesetze auf Grund des Artikels 48 der Verfassung in Kraft gesetzt. Die Volksvertretung ist deswegen nicht befragt worden. Ihre Mehrheit hat zu der Gesetzesdiktatur Ja gesagt. Die diktatorisch erlassenen Gesetze bringen für die Arbeiter fast nichts, hauptsächlich nur die Beseitigung der Arznei- und Krankenscheingebühr für Arbeitsunfähige, Arbeitslose, Invaliden- und Unfallrentnern, Geschlechtskranke und Tuberkulöse. Den Besitzenden aber bringen diese Gesetze Vorteile, die auf viele hundert Millionen zu bewerten sind. Für die Landwirte und Gewerbetreibenden wird das steuerfreie Einkommen auf 6000 M hinauf festgesetzt, während bei den Arbeitern die Steuerfreiheit schon bei 1200 M aufhört. Das Gehalt der Beamten wird um 6 vH gekürzt, ihnen also etwa 480 Millionen M im Jahr aus der Tasche genommen, während die Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer verringert, die Agrarzölle noch weiter erhöht und die Konsumvereine und ähnliche Genossenschaften allgemein der Gewerbesteuer unterworfen werden, mit Ausnahme der landwirtschaftlichen.

Wie immer man diese Steuerkunst beurteilen mag, eins ist gewiß, sie bringen den arbeitenden Schichten eine neue Belastung und eine Verschlimmerung der Arbeitslosigkeit. Das werden womöglich die wirtschaftlichen Oberflächenpolierer nicht wahr haben wollen, die da behaupten,

die Arbeitslosigkeit entspringe der Reparationslast, der Zunahme der werktätigen Bevölkerung in Deutschland, seiner demokratischen Staatsverfassung oder den überhöhen Löhnen. Daß dies nichts wie halbe Wahrheiten oder ganze Flausen sind, wird dadurch bewiesen, daß in den andern Ländern, wo diese vermeintlichen Ursachen nicht vorhanden sind, die Arbeitslosigkeit ebenso arg ist wie in Deutschland.

Gewiß mag die Arbeitslosigkeit in diesem oder jenem Lande durch besondere Umstände beeinflusst sein, ihr Urquell aber kann dadurch nicht verdeckt werden. Und dieser Urquell liegt, wie man meinen sollte, offen zutage: von dem Produktionsertrag ist zuviel an das Sparkapital und zu wenig an das Konsumkapital gegangen. Anders ausgedrückt: die Kapitalisten, Unternehmer und ihre Artgenossen haben einen zu großen Teil, die Masse der letzten Verbraucher einen zu kleinen Teil erhalten. So könnte es kommen, daß zuviel Kapital auf die Vergrößerung und Rationalisierung der Werkanlagen verwendet wird und mit diesen die Fördermenge mächtig vermehrt wurde, während andererseits die Masse der letzten Verbraucher, das sind vor allem die Arbeiter, Beamten und Kleinbauern, weil sie zu wenig von dem Produktionsertrag erhielten, die ständig wachsenden Warenberge nicht kaufen konnten. Wenn aber, um mit dem englischen Volkswirtschaftler Hobson (in Rationalisation and Unemployment) zu sprechen, verhältnismäßig viel Kapital in den Produktionsapparat hineingeht, geht verhältnismäßig viel menschliche Arbeitskraft aus dem Produktionsprozeß hinaus. Daß dies geschehen ist und weiter geschieht, dafür ist die beispiellos hohe Zahl der Arbeitslosen der sichtbarste Beweis.

Diese Darstellung des Urquells der Arbeitslosigkeit ist natürlich sehr unvollständig und etwas roh. Immerhin läßt sie erkennen, wo der Hebel zur Eindämmung des

Welt Übels anzusetzen ist: es muß das Mißverhältnis zwischen Produktions- und Konsumkapital geändert werden zugunsten des letzteren. Es muß der Anteil am Produktionsertrag der Kapitalisten- und Großagrarierschicht verringert und der der letzten Verbraucher erhöht werden. Das Einkommen der werktätigen Bevölkerung, der übergroßen Verbrauchermasse, muß auf die Höhe der Produktionsfähigkeit gebracht werden und mit dieser Schritt halten. Dies ist das große Mittel für die Minderung der Arbeitslosigkeit. Ohne ihm ist der wirtschaftlichen Weltkrankheit nicht beizukommen.

Hieran ist zu ermesen, wie namenlos unsinnig es ist, die Arbeitslosigkeit mit Verringerung des Einkommens der letzten Verbraucher, mit Lohnabbau, eindämmen zu wollen. Und hieran ist weiter zu ermesen, wie wirtschaftlich straffällig es ist, die Schlichtungsmaschine für den Lohnabbau und die Gesetzgebung zur Belastung der arbeitenden Schichten zu mißbrauchen. Was die Regierung und ihr Oberschlichter in dieser Hinsicht getan haben, hat zur Verschlimmerung der Arbeitslosigkeit erheblich beigetragen und trägt weiter dazu bei. Die rasch gewachsene Zahl der Arbeitslosen beweist es zur Genüge. Das große Übel kann vor allem nur durch Mehrung des Konsumkapitals, das ist durch Erhöhung der Löhne und Gehälter, bekämpft werden. Das Gegenteil aber heißt die Quelle, woraus das Übel quillt, noch stärker sprudeln zu lassen.

Es ist Zeit, höchste Zeit, daß endlich etwas, und zwar etwas Vernünftiges, in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan wird. Ihre Opfer haben ein Recht, das zu fordern. Ihre Drangsal schreit gen Himmel. Ihre Verzweiflung ist dem Ausbruch nahe. Wenn dies eintreten sollte, dann haben diejenigen, die in erster Linie zur Eindämmung der fürchterlichen Not berufen sind, niemand anders als sich selbst dafür verantwortlich zu machen.

Fünfzehn Millionen deutsche Menschen hungern! Ihre Qual ist so groß, daß sofortiges und vernünftiges Handeln unbedingt geboten ist. Das sei unsre Mahnung und Warnung und unsre Botschaft zum Fest der Liebe und des Friedens.

3 762 000 Arbeitslose

Laut neuestem Bericht der Reichsanstalt wurden am 30. November in der Arbeitslosenversicherung rund 1 788 000 und in der Krisenfürsorge rund 566 000 Hauptunterstützte gezählt. Das bedeutet gegenüber dem 15. November eine Zunahme von rund 127 000 in der Arbeitslosenversicherung. Die neuen Zahlen in der Krisenfürsorge sind wegen den eingetretenen Änderungen der gesetzlichen Vorschriften mit den alten Ziffern nicht voll vergleichbar. Von den Arbeitssuchenden, die am 30. November auf den Arbeitsämtern verfügbar waren, sind etwa 3 762 000 als arbeitslos zu zählen, d. h. etwa 204 000 oder 5,7 vH mehr als am 15. November. Die entsprechende Zahl des Vorjahres belief sich auf rund 2 101 000, die damalige Zunahme in der zweiten Novemberhälfte betrug fast 262 000 oder 14,2 vH; sie war sowohl absolut wie im Verhältnis erheblich höher als in diesem Jahr. Ein nicht genau abzugrenzender Teil der Überhöhung der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahr beruht auf der besseren Erfassung der Wohlfahrtsverwerbslosen. Die Gesamtzahl, insbesondere die verhältnismäßig geringfügige Zunahme der Zahl der Arbeitssuchenden in den überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen um 2,3 vH könnte

die Vermutung nahelegen, daß ein Stillstand in der Verschlechterung der Lage eingetreten sei; bestimmte Schlußfolgerungen in dieser Hinsicht wären jedoch verfrüht.

In den einzelnen Berufsgruppen hat der Arbeitsmarkt eine vorübergehende, in der Hauptsache jahreszeitlich bedingte Stützung erfahren; in wichtigen Großindustrien neigt jedoch der Beschäftigungsgrad eher zu weiterer Verschlechterung. In der Arbeitsmarktlage des Bergbaus hat die Verschlechterung nicht mehr das Ausmaß der vorigen Berichtszeit erreicht. Im Arbeitsmarkt des Baugewerbes wie besonders der Baustoffindustrie ist die zu erwartende weitere Verschlechterung eingetreten. Ein Rückgang der Beschäftigung in der Metallverarbeitung und im Holz- und Schnitzstoffgewerbe ist fast überall zu verzeichnen. Das gleiche gilt für die Bekleidungsindustrie, auch für das Spinnstoffgewerbe. In der Zigarren-, Zigaretten- und Rauchtobakindustrie hielt die starke Belebung weiter an; der bevorstehende Rückgang kündigt sich jedoch bereits in zahllosen Stilllegungsanträgen an. Das Verkehrsgewerbe hat nur in den Seehäfen eine Entlastung, in der Rhein- und Ruhrschiffahrt dagegen eine neue Verschlechterung erfahren.

Das verrückte Karussell

Im Simplizissimus stand neulich ein kleines Gedicht, das mit humorvollen Worten darlegte: wenn dem Arbeiter der Lohn gekürzt wird, und wenn dann hinterher sein Lebensunterhalt um ebensoviel verbilligt wird, dann ist schließlich alles wieder genau so, wie es am Anfang war. Wozu also der ganze Lärm und die ganze Aufregung?

Das ist ohne Zweifel schlagend und einleuchtend. Da werden riesige Arbeitskämpfe entfesselt, da werden die Fabriken wochenlang stillgelegt, da werden Notverordnungen erlassen, Reichstagswahlen außer der Zeit vorgenommen, und was sonst noch geschehen ist — alles zu dem Zweck, dem deutschen Arbeiter Lohnkürzungen aufzuzwingen. Aber im selben Atem versichert man ihm: es tut nicht weh, alsbald werden die Preise deines Lebensunterhalts um ebensoviel sinken, und dann hast du nichts verloren, stehst wieder ganz so da wie zuvor.

Mutet das nicht an wie ein total verrücktes Karussell? Wenn es so ist, wenn der Arbeiter bei all diesen Geschehnissen wirklich nichts verliert, dann kann doch auch kein anderer etwas dabei gewinnen. Denn von nichts wird nichts. Dann stürzt man also die Wirtschaft ständig in neue Kämpfe, Sorgen und Gefahren, um nichts und wieder nichts?

Wer die Unternehmer kennt, wird sich hüten, so etwas zu glauben. Sie sind sehr nüchterne und praktische Geschäftsleute und würden nicht andauernd solche Haupt- und Staatsaktionen ins Werk setzen, wenn für sie nichts dabei herausspringt. So dürfen wir ohne weiteres sicher sein, daß das Karussell gar nicht so verrückt ist,

wie es aussieht. Und das bewahrheitet sich bei jeder neuen Beobachtung.

Da wird jetzt viel gezetert um die deutschen Eisenpreise; sie sollen nun endlich auch gesenkt werden. Von allen Seiten verlangt man das, so zum Beispiel in den letzten Tagen in einem Gutachten des Reichswirtschaftsrats.

Nanu, denkt der Metallarbeiter, uns hat man die Lohnsenkung schon vor bald einem Monat aufgebrummt, und hat immer wieder versichert, das geschehe bloß, damit die Preise gesenkt werden können; und nun sind die immer noch nicht ermäßigt?

Ja noch mehr. Mitte dieses Jahres, noch vor den neuesten Lohnsenkungen, war ein großes Geschrei in der bürgerlichen Presse, eine endlose Lobhudelei für die großen Eisenherren, weil sie angeblich ganz freiwillig ihre

Aus dem Inhalt

	Seite
15 Millionen Menschen hungern — 3 762 000 Arbeitslose — Das verrückte Karussell	401
Ein gutes Jahr bei Haniel-Konzern	402
Einheitsfront — Einheitsverband — Funktionär-Kundgebung	403
Weihnachtsmärchen — Auf die Viertelchen achtgeben — Die Weihnacht der Armut — Winternacht	404
Gewerkschaftspresse und ihre Gegner	406
Fünf Jahre in Frankreich — Lohnabbau in Italien — Die Arbeitslage in der Metallindustrie	407

Preise schon gesenkt hätten. Und jetzt, ein halbes Jahr später, ist sich alle Welt einig, daß das deutsche Eisen viel zu teuer sei? Was ist da bloß vorgegangen?

In der Tat, wenn wir näher zusehen, entpuppt sich folgendes: Wirklich ist das deutsche Eisen billiger geworden, aber sehr viel weniger als das Eisen in anderen Ländern und auf dem Weltmarkt. In den letzten 12 Monaten hat die deutsche Schwerindustrie ihre Erzeugnisse um etwa 3 1/2 vH verbilligt; in Amerika, dagegen sind sie in derselben Zeit um 12 vH billiger geworden, auf dem Weltmarkt teilweise um 30 vH. Heute, nach jener Großtat der deutschen Eisenindustrie, kostet zum Beispiel Stabeisen in Deutschland 137 M die Tonne, auf dem Weltmarkt zwischen 80 und 90 M. Und wohlgerneht, die deutschen Unternehmer selbst verkaufen dasselbe Eisen, das sie den deutschen „Volksgenossen“ so teuer andrehen, ins Ausland zu den dort herrschenden, um mehr als ein Drittel billigeren Preisen. Da jetzt so allgemein darüber geklagt wird, hat sich Herr Poensgen, der Gewaltige des Stahlvereins, herbeigelassen, Anfang Dezember der Welt mitzuteilen, gewiß, die Eisenpreise könnten gesenkt werden, wenn zuvor die Kohle und die Eisenbahnfrachten billiger würden.

Erst also hieß es, die Löhne müssen herunter, dann folgen die Warenpreise nach; jetzt ist es soweit, die Löhne sind gesenkt — da werden wieder neue Bedingungen gestellt. Kohle und Eisenbahn sollen vorangehen.

Und wie sieht's bei denen aus? Die Eisenbahn schreit bereits Gewalt und hat klipp und klar erklärt, wenn man ihr Frachtermäßigung zumute, dann habe sie kein Geld, um der Eisenindustrie Aufträge zu erteilen, ja dann müsse sie vielleicht sogar die Aufträge wieder zurückziehen, die sie schon erteilt hat. Damit ist natürlich die Eisenindustrie an ihrer wundensten Stelle getroffen, und so wird ein neues Karussell geschaffen, das ganz und gar nicht verrückt ist: die Eisenindustrie erklärt, die Preise könne sie nur senken, wenn die Bahn die Frachten verbilligt; die Bahn weist nach, daß das „unmöglich“ sei, und folglich „kann“ auch das Eisen nicht billiger werden. Wer wollte an solcher Logik zweifeln?

Vielleicht noch eigentümlicher liegen die Dinge bei der Kohle. Erstens mal sind die maßgebenden Herren der Kohle bekanntlich dieselben, die auch das Eisen kommandieren. Wenn sie also der Meinung sind, Kohlenverbilligung sei eine Voraussetzung der Eisenpreissenkung, dann brauchen sie ja nur die Kohle zu verbilligen, sich selbst billiger anzurechnen. Warum tun sie es nicht?

Sodann hat erst kürzlich das Kohlsyndikat die Beiträge der ihm angeschlossenen Firmen um 2,63 M auf

die Tonne erhöht. Das ist ein ganz kolossaler Betrag, wenn man bedenkt, daß die Tonne Kohle insgesamt 16,89 M kostet. Mehr als ein Sechstel dieses Preises — den wir alle bezahlen müssen — geht als Vereinsbeitrag in die Kasse des Syndikats. Der Arbeiter zahlt seinen Gewerkschaftsbeitrag aus seinem schwer verdienten Arbeitslohn; der Unternehmer halst ihn den Käufern der Kohle auf. Denn auch die deutsche Kohle wird im Ausland billiger verkauft als in Deutschland selbst. Ja gegenwärtig wird über einen Plan verhandelt, die auf Halden liegende deutsche Kohle — ungefähr 8 Millionen Tonnen — für 10 bis 12 M die Tonne ins Ausland zu verkaufen. (Dieselbe Kohle, für die uns Deutschen 16,89 M abgeklopft werden.) Und dabei soll die Eisenbahn helfen. Eben jene Reichsbahn, die kaum Geld genug hat, um Waggons und Lokomotiven zu bestellen, soll sich schon bereiterklären haben, jene 8 Millionen Tonnen Kohle zu einem ermäßigten Tarif bis an die Grenze zu befördern. Sie könne das, sollen ihre maßgebenden Herren gesagt haben, ruhig tun, weil andernfalls diese Kohlen überhaupt nicht versandt, sondern auf den Halden liegen bleiben würden. Somit erwachse der Bahn aus der Ermäßigung kein Schade. — Auch wieder eine prachtvolle Logik! Wenn ich das nächste Mal von Berlin nach Potsdam fahren will, werde ich verlangen, zum halben Preis zu reisen, weil ich sonst zu Hause bleiben würde. Ob mir die Herren Generaldirektoren das bewilligen werden?

So schiebt immer einer dem andern zu, die Eisenindustrie der Bahn, die Bahn der Kohlenindustrie, die wieder den Eisenfabrikanten, denn allemal sind ja die Preise des einen, Selbstkosten für den andern: die Bahn braucht Eisen und Kohle, die Kohle braucht Bahn und Eisen, das Eisen braucht Kohle und Bahn. Jeder sagt, Hannemann, geh du voran. Und herauskommt ein langes Gezerre und Geplärre, eine endlose Kette von Verhandlungen und Schreibern in den Zeitungen, schließlich auch mal eine kleine Preissenkung, wie die 3 1/2 vH beim Eisen oder neuerdings 6 vH bei Kohle, die aber bei weitem das nicht wettmachen kann, was der Arbeiter an Lohn verliert. Und damit basta. Der scheinbar so verrückte Kreislauf ist gar nicht verrückt, er läuft darauf hinaus, daß nach und nach dem Arbeiter immer mehr weggenommen und dem Kapitalprofit zugeschlagen wird.

Anders kanns ja auch nicht sein, denn sonst, wie anfangs gezeigt, wäre die ganze Geschichte sinnlos. Und Sinnloses tun unsere Unternehmer nicht. Sie sind sich sehr wohl bewußt, daß sie die kapitalistische Wirtschaftsordnung nur noch durch immer schärfere Ausbeutung der Arbeiter eine Weile am Leben erhalten können.

Ibykus.

Die Einkommensverluste der Arbeiterschaft

Immer größer werden die Einkommensverluste, die die Arbeiter und Angestellten durch die Krise erleiden. Nach den Berechnungen des Konjunkturinstituts im letzten Vierteljahressheft beziehen gegenwärtig infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit mindestens 1,6 Millionen Arbeiter weniger Arbeitseinkommen als vor einem Jahr. Das bedeutet, daß allein aus diesem Grunde das gesamte Arbeitseinkommen im dritten Vierteljahr 1930 um etwa 900 Millionen Mark geringer war als im dritten Vierteljahr 1929. Die Statistik der Beitragsleistung zur Invalidenversicherung ergibt eine Senkung der Durchschnittsverdienste gegenüber dem Vorjahr um 2,8 vH. „Eine Reihe von Merkmalen spricht aber dafür“, so schreibt das Institut, „daß bei der Industriearbeiterschaft der Rückgang wesentlich größer ist, wahrscheinlich sogar 5 bis 10 vH beträgt. Sowohl was Arbeitslosigkeit wie Verdienstrückgang betrifft, hat also die Industriearbeiterschaft am stärksten unter den Auswirkungen der Krise zu leiden.“

Diese scharfe Schrumpfung des Arbeitseinkommens ist ein bezeichnendes Merkmal für die jetzige Krise. Vor dem Kriege ist das Arbeitseinkommen durch Verschlechterung der Wirtschaftslage nur ganz wenig betroffen worden. Die Verluste des Arbeitseinkommens sind durch die Senkung der Lebenshaltungskosten in ihrer Wirkung auf das Gesamteinkommen der Arbeiter und damit auf die Realkaufkraft dieser Bevölkerungsschicht bei weitem nicht ausgeglichen worden. Auf das Jahr gerechnet dürften alle Einkommensverminderungen zusammen gegenüber 1929 einen Betrag in der Größenordnung von 4 Milliarden Mark ausmachen. Das Nominaleinkommen aus Lohn und Gehalt wäre somit von 1929 auf 1930 um knapp ein Zehntel gesunken. Dieser Verminderung steht aber eine Preissenkung gegenüber, die nach dem Index der Lebenshaltungskosten im bisherigen Verlauf des Jahres nur 3 bis 4 vH ausmacht. Dabei bleibt zu beachten, daß diese Minderung sich auf das gesamte Einkommen aus Lohn und Gehalt, also auf das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammen bezieht. Der größte Teil davon trifft die Industriearbeiterschaft.

Die Industriearbeiter haben unter der Krise am allermeisten zu leiden. Von den 4 Milliarden Einkommensverlust haben sie den größten Teil zu tragen. Und trotzdem hört das Bestreben der Unternehmer, die Lohnsätze zu vermindern, noch keineswegs auf. In immer stärkerem Maße sollen die Löhne herabgesetzt werden. Es muß mit aller Deutlichkeit betont werden, daß es in der Verschlechterung der Lebensbasis endlich einmal eine Grenze geben muß. Die Arbeiterschaft ist keinesfalls gewillt, auf die Dauer solche Riesenopfer auf sich zu nehmen, zumal andere Teile der Bevölkerung nur auch nicht entfernt in dem gleichen Maße von dem Konjunkturrückgang betroffen werden. Es wäre aber abwegig, auf die Hilfe von außerhalb zu warten. Nur Selbsthilfe kann hier von Erfolg begleitet sein.

Deutscher Zucker ans Ausland verschleudert

Trotzdem die Weltzuckerpreise zurückgehen, wächst die deutsche Rübenanbaufläche. Einer Rübenenernte von 110 Millionen dz im Jahre 1929 steht 1930 eine solche von 148 Millionen dz gegenüber. Das Anwachsen der Rübenflächen ist die Folge einer verfehlten Zuckerpolitik, die den deutschen Zuckerpreis um ein Mehrfaches über dem Weltzuckerpreis hält und dadurch immer wieder den Anreiz schafft, die Rübenanbauflächen zu vergrößern. Immer verlustbringender wird die deutsche Zuckerausfuhr, deren Kosten der deutsche Verbraucher in überhöhten Zuckerpreisen tragen muß.

Der deutsche Zuckerpreis beträgt seit einigen Monaten rund 50 M je dz, während der Weltpreis Ende November bei 12,90 M je dz lag. 1929 mußten 15 vH der deutschen Zuckerzeugung ausgeführt werden, was bei dem damaligen Weltzuckerpreis von rund 16 M je dz einen Verlust von rund 80 Millionen M ergab. In diesem Jahr werden bei einer um gut 20 vH höheren Rohzuckerzeugung und einem um etwa 20 vH niedrigeren Weltzuckerpreis die Verluste noch ganz erheblich höher sein. Ermahnungen an die deutschen Großgrundbesitzer die Rübenanbaufläche entsprechend den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu verkleinern, werden so lange fruchtlos bleiben, als die hohen Inlandspreise eine nutzbringende Verwertung der Ernte ermöglichen.

Der deutsche Verbraucher bezahlt etwa das Vierfache der Weltzuckerpreise, verhilft dadurch nicht nur den Großkonzernen der Zuckerindustrie zu gewaltigen Gewinnen, sondern macht eine Ausfuhr notwendig, die außerordentlich hohe volkswirtschaftliche Werte verschleudert. Gerade die gegenwärtigen Bestrebungen der Reichsregierung auf Preisabbau sollten eine Revision der Zuckerpolitik so schnell wie möglich herbeiführen, um bei Entlastung der deutschen Verbraucher den Zuckerverbrauch im Inland zu steigern und darüber hinaus die er-

Gulaschkanonen statt Gummiknüppel

Berlin hat zur Zeit beinahe 400 000 Arbeitslose. Die Not ist hier besonders groß. Jeder vierte Berliner Erwerbstätige ist beschäftigungslos. Deshalb ist die Reichshauptstadt unruhiger wie jede andere Stadt. Demonstrationen wechseln ab. Da nun die Arbeitslosigkeit noch weiter steigt, hat die preußische Regierung den Anstoß zu einer großangelegten Hilfsaktion gegeben. Kürzlich fand eine Konferenz mit den Vertretern der Stadt Berlin, den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer sowie privater Kreise statt. Der preußische Innenminister Severing wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß schnelle Hilfe notwendig sei. Die Polizei habe eine außerordentliche Aufgabe zu erfüllen. Doch wirksamer als Maschinengewehre und Gummiknüppel wären Gulaschkanonen, um einer gefährlichen Entwicklung vorzubeugen.

Die Hilfsaktion ist so gedacht, daß unentgeltlich oder gegen geringes Entgelt Essen beschafft werden soll. Es soll ferner für verbilligtes Heizmaterial gesorgt werden für diejenigen, die ein eigenes Heim haben. Den andern sollen Wärmestuben zur Verfügung gestellt werden. Auch Kleidung soll in dringenden Fällen beschafft werden. Dazu ist es notwendig, einen großen Fonds mit staatlicher Hilfe und privaten Mitteln zu schaffen.

Alle Versammelten versprachen weitgehendste Hilfsbereitschaft. Der Vertreter der Berliner Unternehmerorganisation versprach, den vorgezeichneten Plan „geistig“ zu fördern. Für die Besteuerung notwendiger Mittel glaubte er bindende Zusagen nicht machen zu können. Hoffentlich ist damit nicht gemeint, daß die Berliner Unternehmer den — Geist beisteuern wollen, während die andern Stellen die Mittel zu beschaffen haben. Immerhin ist die von der preußischen Regierung angeregte Hilfsaktion zu begrüßen. Nicht nur in Berlin, sondern in allen Städten wird die Not in diesem Winter außerordentlich groß sein. Sie zu beheben, bedarf es außergewöhnlicher Mittel.

Wenn neben den Unterstützungen eine derartige Hilfsaktion auf den Plan tritt, dann kann dies zur Beruhigung sehr wesentlich beitragen. Wenn auch die unorganisierten Demonstrationen und sogenannten „Hungermärsche“ verurteilt werden müssen, so läßt sich aber nicht leugnen, daß den armen Opfern der Wirtschaftskrise nicht verwehrt werden kann, ihr Recht auf Leben geltend zu machen. Wir dürfen dabei auch nicht empfindlich sein, wenn dies in mehr oder weniger heftigen Worten geschieht. Die Gewerkschaften unterstützen jedenfalls tatkräftig Pläne, die geeignet sind, den Hunger der Massen zu stillen. Wir werden sehen, wie die, die in Palästen wohnen, ihrer Pflicht zu helfen genügen.

Ein gutes Jahr beim Haniel-Konzern

Trotz Wirtschaftskrise Dividendenerhöhung auf 10 vH

Von Julius Fries

Wieder einmal tanzt der Haniel-Konzern aus der Reihe. Während die meisten anderen Unternehmen der Schwerindustrie aus wohlwogenden Gründen (um die „Notlage“ der Wirtschaft der mißtrauischen Öffentlichkeit zu beweisen) ihre Dividenden herabsetzen, wird bei dem Kernstück des Haniel-Konzerns, der Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb in Nürnberg, die Dividende von 7 auf 10 vH erhöht. In der Handelspresse wird darauf hingewiesen, daß diese Dividendenerhöhung, die so gar nicht im Zuge der Zeit liegt, hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß innerhalb der Besitzerfamilien Wünsche nach besserer Verzinsung laut geworden sind. Dann geht es also mit einem Male. Bei einem Aktienkapital von 80 Millionen M sind für die Dividende diesmal statt 5,6 genau 8 Millionen M erforderlich. Ein Blick in die Abschlußzahlen zeigt, daß dieser Mehrbedarf nicht etwa aus den stillen Reserven entnommen, sondern im abgelaufenen Geschäftsjahr voll verdient worden ist. Wahrscheinlich könnten sogar obendrein neue stille Reserven geschaffen werden.

Der Sitz der Hauptgesellschaft wurde während des Ruhrkampfes nach Nürnberg verlegt. In der Gutehoffnungshütte AG, Oberhausen, sind Hüttenwerke in Oberhausen, Sterkrade, Osterfeld, Walsum, Gelsenkirchen, Schwerte sowie die Steinkohlenzechen zusammengefaßt. Der Rohgewinn dieser Oberhausener AG hat in dem am 30. Juni 1930 abgelaufenen Geschäftsjahre 11,4 Millionen gegen 8,9 Millionen M im Vorjahre betragen. Die offenen Abschreibungen wurden von 5 auf 6,3 Millionen M erhöht, und trotzdem erhöhte sich der Reingewinn von 3,9 auf 5,08 Millionen M. Dieser Reingewinn wird der Nürnberger Hauptgesellschaft zugeführt. Die Oberhausener Gesellschaft verzeichnet am Bilanzstichtage diesmal nur 28 857 Arbeiter und Angestellte gegen 32 895 ein Jahr vorher. Die Rohisen-erzeugung betrug im Berichtsjahre 852 744 Tonnen, die Rohstahlerzeugung 1 003 031 Tonnen, die Leistung der Walzwerke 728 183 Tonnen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahre beträgt bei Rohisen 7,69 vH, bei Rohstahl 5,95 vH, bei den Walzwerken 6,6 vH, der Rückgang der Belegschaftszahl aber beträgt (worauf die Verwaltung hinzuweisen vergißt) rund das Doppelte, 13 vH.

Die Gutehoffnungshütte, Nürnberg, meldet allein einen Rohgewinn von 4,77 gegen 3,11 Millionen M im Vorjahre. Dazu kommt der Gewinn der Oberhausener Betriebe mit diesmal 5,08 gegen 3,9 Millionen M im Vorjahre, so daß der gesamte ausgewiesene Rohgewinn 9,85 gegen 7 Millionen M im Vorjahre beträgt, sich also um mehr als 40 vH gesteigert hat. Nach offenen Abschreibungen in fast gleicher Höhe wie im Vorjahre ergibt sich ein Reingewinn einschließlich des vorjährigen Vortrages von 8,62 Millionen M gegen 5,82 Millionen M das letzte Mal.

Die Werke in Düsseldorf, das Feinblechwalzwerk Altenhausen und die Nietenfabrik in Schwerte stehen in der Nürnberger Bilanz insgesamt nur mit 3,7 Millionen Mark zu Buch. In der Oberhausener Bilanz stehen die Werksanlagen in Oberhausen, Sterkrade, Osterfeld, Walsum und Gelsenkirchen mit 40,4 Millionen M, die Steinkohlenzechen mit 25,3 Millionen M und die Waldungen

und Grundstücke mit 9,2 Millionen M, überall also in vorjähriger Höhe, zu Buch, die Anlagenzugänge sind demnach in voller Höhe abgeschrieben. Die wertvollen Beteiligungen stehen in der Nürnberger Bilanz mit 100 Millionen M etwas höher als im Vorjahre zu Buch. Es handelt sich hierbei, um nur die wichtigsten zu nennen, um die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg mit rund 15 000 Beschäftigten, die zuletzt 6 vH Dividende verteilte, und von deren 20 Millionen M betragenden Aktienkapital Haniel 90 vH besitzt.

Die Deutsche Werft AG, an der neben dem Haniel-Konzern auch die AEG und die Hamburg-Amerika-Linie beteiligt sind, hatte im Geschäftsjahr 1929 ausreichende Beschäftigung in sämtlichen Abteilungen. Es wurde eine Dividende von 8 vH ausgeschüttet. Hier wird weiter mitgeteilt, daß der gegenwärtige Auftragsbestand dem Unternehmen noch Beschäftigung für mehr als ein Jahr sichert, so daß die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr als befriedigend angesehen werden können.

Bei der Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerk AG, die mit einem Aktienkapital von 9,6 Millionen M arbeitet, machte sich der scharfe Preisrückgang des Kupfers bemerkbar. Hinzu kam eine mehrmonatige Stilllegung infolge Brandschadens. Doch konnte dieser Ausfall nach Mitteilung im Bericht der Gutehoffnungshütte durch die schon in den letzten Jahren eingeleitete stärkere Verfeinerung verschiedener Erzeugnisse und die dadurch erzielten besseren Preise zum Teil wieder ausgeglichen werden. Hier werden diesmal 5 vH Dividende ausgeschüttet. Von den weiteren Beteiligungen seien genannt: Die Eisenwerk Nürnberg AG, die diesmal erstmalig einen Gewinn anweisen konnte, die Zahnradfabrik Augsburg, die 7 vH Dividende verteilt, die Haniel & Lueg GmbH, Düsseldorf-Grafenberg, die zufriedenstellend gearbeitet hat, die Deggendorfer Werft und Eisenbau GmbH, Deggendorf, die ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahre um mehr als das Doppelte erhöhen konnte, die Fritz Neumeyer Akt.-Ges., Nürnberg, die diesmal voransichtlich wieder 10 vH Dividende verteilen wird. Hierzu kommt eine Reihe von Kohlen- und Eisen-Handelsgesellschaften.

Der Gesamtkonzern beschäftigte am Bilanzstichtage 55 456 Arbeiter und Angestellte gegen 61 029 ein Jahr zurück. Der Umsatz des Gesamtkonzerns hat diesmal 472,26 Millionen betragen gegen 470 Millionen M im Vorjahre. Vor zwei Jahren betrug die Belegschaftszahl sogar 62 462, der Umsatz aber nur 463 Millionen M. Wir haben also eine Steigerung des Umsatzes um 2 vH zu verzeichnen, während im gleichen Zeitraum die Belegschaftszahl um rund 10 vH verringert wurde.

Schlecht am Platze ist unter diesen Umständen die einen breiten Raum des Geschäftsberichts einnehmende Prolegä, die auf dem sattem bekannten Vers anfangen ist: „Das deutsche Volk muß sich endlich seiner Notlage bewußt anpassen“. Einem Unternehmen, das, nachdem es seit Jahren „nur“ 6 und 7 vH Dividende ausgeschüttet hat, jetzt 10 vH verteilen kann, steht es auch schlecht an, darüber zu klagen, daß der Wirtschaft auf allen in Frage kommenden Gebieten immer weitere Lasten aufgepackt werden.

„Einheitsfront“ — „Einheitsverband“

Kochapparate für die Moskauer Parteisuppe

Die deutschen Angestellten der kommunistischen Zentrale in Moskau haben den Befehl erhalten, einen „Einheitsverband der Metallarbeiter“ zu gründen. Es ist dies der neueste Versuch, den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu zertrümmern. Bei den andern freien Gewerkschaften soll das gleichfalls unternommen werden; auch sie sollen einen „Einheitsverband“ erhalten. Und das ausgerechnet in einer Zeit, wo sich das Unternehmertum mit aller Macht auf das Proletariat stürzt, um seine Lebensmöglichkeiten noch mehr zu verschlechtern. In einer Zeit also, wo die Arbeiterschaft Einigkeit und Geschlossenheit am allernotwendigsten haben, gehen die Kommunisten daran, die Einigkeit und Geschlossenheit der organisierten Arbeiter zu durchbrechen.

Der neueste Spaltungsversuch der Kommunisten ist indessen nur die Fortsetzung ihrer alten Tätigkeit. Was haben sie nicht schon alles versucht, um dem Arbeiter die Lust an den Gewerkschaften zu vernebeln und diese zu sprengen. Einst verkündeten die Kommunisten: Rein in die Gewerkschaften! dann: Raus aus den Gewerkschaften! dann: Bildet Zellen in den Gewerkschaften, holt sie von innen her aus! Und als auch das nicht den heiß ersehnten Erfolg brachte, wurde die „Einheitsfront“ proklamiert.

Nennenswerten Erfolg haben die berufsmäßigen Gewerkschaftsspalter in Deutschland nicht gehabt, es sei denn, daß sie durch ihre Verunglimpfung der Gewerkschaftsführer und durch ihre Hetze gegen die „verbanzten“ Gewerkschaften die gewerkschaftliche Werbekraft hemmten: einer Unmasse nichtorganisierter Arbeiter gab die Hetze der Kommunisten den Vorwand, weiterhin unorganisiert zu bleiben. Das ist am auffälligsten in Berlin gelungen.

Was auf diesen „Erfolg“ in der Reichshauptstadt gesprossen ist, haben wir jüngst gesehen. Auf die durch die Kommunisten verursachte Zermürbung der gewerkschaftlichen Organisation in den Berliner Großbetrieben setzten die Metallindustriellen ihre Hoffnung, daß der geplante Lohnabbau gelingen werde. Und auf diesen „Erfolg“ der Kommunisten beruhte die Unnachgiebigkeit der Unternehmer. Ob die Hoffnung der Industriellen berechtigt war, ist an dem schlimmen Ergebnis des jüngsten Lohnkampfes in der Berliner Metallindustrie zu bemessen.

Nun wird man fragen, was denn die deutschen Agenten der kommunistischen Zentrale gerade in dieser Notzeit veranlaßt, den Vorstoß gegen die freie Gewerkschaftsbewegung zu unternehmen. Die Antwort ist leicht zu geben: Die kommunistische Zentrale in Moskau ist in einer äußerst schweren Zwangslage. In Rußland steigt das Elend höllentief. Dort wird die Teuerung, der Hunger und die politische Unterdrückung immer ärger. Die großen Erwartungen, die an den Fünfjahrplan geknüpft wurden, haben sich nicht erfüllt. Die Aussicht, ihn durchzuführen, ist dahin. Damit ist bei den russischen Proletariern der letzte Rest des Glaubens an eine Erlösung aus dem grauenvollen politischen und wirtschaftlichen Elend durch die Bolschewisten entschunden. Daß sich daraus eine schwere Gefahr für den Bestand der Herrschaft der jetzigen Machthaber ergibt, liegt auf der Hand.

Damit nun aber die russischen Proletarier die Geschichte von dem Umsichgreifen der bolschewistischen Weltrevolution nicht als blauen Dunst auffassen, wird ihnen fortlaufend von einem fabelhaften Aufschwung des „Einheitsverbandes der Metallarbeiter“ berichtet. Die nicht-russischen kommunistischen Zeitungen müssen den Rohstoff für die Aufmunterungsartikel der Presse in Rußland liefern. Die Bestellung wird prompt ausgeführt. Seit der Gründung des „Einheitsverbandes“ kann man in

den kommunistischen Blättern reine Wunderdinge lesen. Da heißt es, daß ganze Berufsgruppen zu dem „Einheitsverband“ übergetreten seien; daß alles zu ihm renne, was in der Berliner Metallindustrie sei; daß bei ihm der Andrang so gewaltig sei, daß die Neuaufnahmen gar nicht erledigt werden könnten. Andererseits wird berichtet, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband in Berlin liefen die Mitglieder tausendweise davon, er habe nicht weniger als 30 000 Mitglieder mit einem Schlage verloren, jeden Tag würden ganze Belegschaften die Mitgliedsbücher des DMV deren Funktionären vor die Füße.

Es ist wohl ganz unnötig, darzutun, daß die Geschichte von dem ungeheuren Mitgliederverlust des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin bestellte Arbeit ist. Möge die Mitteilung genügen, daß die Berliner Verwaltungsstelle des DMV in der Woche nach dem großen Streik allein 1800 Mitglieder zugenommen hat, die weiteren Wochen ist der Zuwachs etwas geringer, aber doch höher, als die widrigen wirtschaftlichen Verhältnisse hoffen ließen.

Ebenso überflüssig mag es scheinen, zu erklären, daß die Kunde von dem ungeheuren Zulauf zu dem kommunistischen „Einheitsverband“ ein unerfüllter Wunsch der Urheber ist. Das kann übrigens jeder selbst beurteilen: wenn nämlich der Zulauf so groß wäre, wie die kommunistische Presse ihren Lesern vorträgt, dann wäre der „Einheitsverband“ bestimmt die stärkste Gewerkschaft Berlins. Eine Gewerkschaft von dieser Stärke müßte doch auch ihre Riesenkraft sehen lassen. Sie hätte doch mindestens einmal eine Tat gegen das Unternehmertum wagen müssen. Für eine solche Riesenkraft gibt es doch wahrhaftig Arbeit genug. Das Programm der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ enthält die Forderungen: Keinen Pfennig Lohnabzug, 40stündige Arbeitswoche mit vollem Lohnausgleich und dergleichen mehr. Ein „Einheitsverband“ mit solcher Mitgliederzahl hätte sich an die Verwirklichung des Programms machen müssen, zumal bei ihm die Begeisterung hochgehen, die Unterstützung der Internationalen Arbeiterhilfe und die Sympathie des revolutionären Weltproletariats sicher sein soll.

Aber trotz der Mitgliederzahl, der hellen Begeisterung, der fremden Hilfe und der weltweiten Sympathie verhält sich der „riesige Einheitsverband“ ganz tatenlos. Bisher haben die kommunistischen Strategen ihre Schlachten nur gegen die freien Gewerkschaften und deren Führer geschlagen — gegen das Unternehmertum haben sie immer gestreikt. Jetzt aber, mit dem riesigen „Einheitsverband“, werden sie es wohl oder übel andersrum machen müssen. Darauf warten nämlich die beklagenswerten armen Teufel, die noch den kommunistischen Parolen glauben.

Die freien Gewerkschafter jedoch sind keineswegs neugierig auf die „revolutionären“ Taten der kommunistischen Gewerkschaftsspalter, weil sie zur Genüge wissen, wie sie aussehen. Und wer es ja nicht wissen sollte, der mag sich an Italien, der Tschechoslowakei oder an Frankreich erinnern. Dort ist mehr von den kommunistischen Taten und Erfolgen zu sehen, als einem Arbeiter lieb sein kann. Vor solchen Verhältnissen muß der deutsche Arbeiter behütet werden, damit er nicht noch weiter ins Elend sinkt.

Der „Einheitsverband der Metallarbeiter“ dient nicht dem Wohl der Arbeiterschaft, sondern er ist der Kochapparat, an dem die kommunistischen Oberherren in Moskau ihre Parteisuppe kochen wollen. Für diesen Apparat wird Parteistoff gesucht. Das ist das ganze Geheimnis der Schreierei mit dem „Einheitsverband“. Eine windige Sache in windiger Aufmachung. Weiter nichts.

und überall. Wenn das Unternehmertum glaubt, der DMV sei durch die große Arbeitslosigkeit soweit geschwächt, ihm keinen Widerstand mehr leisten zu können, so täuscht er sich. Von Ort zu Ort wird je nach Lage der Verhältnisse gehandelt werden. Die Stärke der Organisation ist für den Ausgang des Kampfes stets entscheidend. Beim Kampf in Bielefeld konnte nur ein Lohnabbau von 3 vH durchgesetzt werden, während es in Berlin 8 vH waren. Der Industrie geht es in Bielefeld zwar sehr schlecht, doch die Arbeiterschaft ist dort zu 98 vH organisiert. Der Ausgang des Bielefelder Kampfes ist Beweis dafür, daß selbst in wirtschaftlich schlechten Zeiten die Stärke der Organisation den Ausschlag gibt.

Bei den kommenden Auseinandersetzungen im bergisch-märkischen Bezirk wird der DMV ebenso seine ganze Macht in die Bresche werfen; die Kollegen sollen Widerstand leisten, wo sie es nur können.

Will der Verband kampffähig bleiben, dann muß er seine Geschlossenheit über alles stellen.

Wer eine „Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition“ aufziehen will, muß dies außerhalb des DMV tun.

Der Verband ist groß und stark geworden, weil die Organisierten in den Betrieben wie Pech und Schwefel zusammenhielten. So muß es wieder werden. Wir sind nicht der Meinung, daß die Unorganisierten bessere Klassenkämpfer sind als unsere organisierten Kollegen. Wer keine Opfer bringt, kann keine Erfolge verlangen. Das muß den Unorganisierten jeden Tag beigebracht werden. Unser Kampf gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und für Verkürzung der Arbeitszeit dient auch den Erwerbslosen, mit denen der Verband innigste Solidarität verbindet.

Augenblicklich stehen wir in Abwehr gegen das Unternehmertum. Der Opfermut und die Treue der 950 000 Verbandsmitglieder bietet die Gewähr, daß die Bäume des Unternehmertums nicht in den Himmel wachsen.

Rauschender Beifall bewies, daß die Funktionäre mit ihrem Vorstand einig sind. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

Die 2000 Funktionäre des DMV aus dem bergisch-märkischen Industriegebiet erkennen aus den Darlegungen des Vorstandsvertreters, Kollegen Schliestedt, daß unser Verband nach wie vor gewillt ist, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln möglichst jeden Lohnabbau abzuwehren.

Der Berliner Kampf hat bewiesen, daß der DMV nichts unversucht gelassen hat, um den Großangriff auf die Lebenshaltung der Metallarbeiter aufzuhalten und abzuwehren.

Die Funktionäre wissen, daß der gegenwärtige Angriff der Unternehmer auf die Löhne auch im hiesigen Gebiet durchgeführt werden soll und geloben, alles zu tun, um die Abwehrfront unter Führung des DMV zu stärken. Die verpflichten sich, die Mitgliedschaft aufzurütteln und den Unorganisierten das Arbeiterschädliche ihres Verhaltens vor Augen zu führen und wollen sich für die Erhaltung der sozialen Errungenschaften mit aller Macht einsetzen.

Schärfster Kampf dem kapitalistischen Wirtschaftssystem! Alle unsere Kraft dem sozialistischen Aufbau!

Nach einer kernigen Schlußansprache des Kollegen Köster fand die eindrucksvolle Kundgebung mit einem Hoch auf den DMV ihr Ende.

Ist das nicht Wahnsinn?

Ausgerechnet in der Zeit der ungeheuren Arbeitslosigkeit und des wilden Lohnabbaues lassen sich in Berlin Metallarbeiter von der kommunistischen Zentrale dazu mißbrauchen, eine eigene Organisation zu gründen. Man muß sich fragen, ob in den Köpfen dieser Metallarbeiter noch alles normal ist. Anstatt daß sich in dieser Notzeit alle Metallarbeiter noch enger zusammenschlossen, lassen sie sich von linken und rechten Querköpfen oder gerissenen Geschäftsmachern oder politischen Geschäftsmachern gegeneinander treiben!

Wir wissen alle, daß lange nicht alles erreicht wurde, was wir wünschen. Wir wissen auch, daß man über diese oder andere Maßnahmen des Metallarbeiter-Verbandes geteilter Meinung sein kann. Aber ebenso wissen wir, daß das kein Grund sein darf, gegen den Verband zu hetzen, sondern daß man an ihm weiter fleißig mitarbeitet und zeigt, wie es besser gemacht werden kann. Möglichkeiten, seine Meinung zu sagen, gibt es in unserem Verband übergenug.

Angesichts der neuen Gegenorganisation der Kommunisten, die sich drolligerweise „Einheitsverband“ nennt, muß man sich fragen, ob denn die Kollegen, die ihm nachlaufen, noch nicht bemerkt haben, wie die Unternehmer versuchen, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen? Täglich, stündlich gibt es Streitigkeiten mit den Vorgesetzten in den Betrieben. Und warum? Doch nur zu Nutz und Frommen des Kapitals. Wir würden diese Streitigkeiten geregelt, wenn wir nicht unsere Gewerkschaft hätten? Ich will nicht den Hindu und den Chinesen zum Vergleich heranziehen. Aber es muß doch allen Arbeitern gesagt werden, daß durch die Selbstzerfleischung in ihren Reihen der Tag immer nähergebracht wird, wo wir uns auch mit einer Handvoll Reis begnügen müssen.

Die ungeheure Wirtschaftskrise sollte den Arbeitern zeigen, daß die kapitalistische Gesellschaft ganz unfähig ist, die Arbeitslosigkeit zu bannen und die Arbeiterschaft vor Verelendung zu bewahren. Vor einiger Zeit hat die tschechoslowakische Regierung begonnen, die Arbeitslosigkeit durch Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40½ Stunden zu mildern. In Deutschlands nichts dergleichen — weil hier die Arbeiterschaft wegen ihrer politischen und gewerkschaftlichen Entzweiung die Regierung nicht genug beeinflussen kann. Und das Unternehmertum vermag die Arbeiterschaft nicht genug zu beeinflussen, weil sie in vielen Betrieben in bitterer Feindschaft lebt. Leider ist es oft schon so weit gekommen, daß einer dem andern das Stückchen Brot oder die Arbeitsstelle nicht mehr gönnt.

Gewiß, Hunger tut weh. Aber noch weher tut es einem organisierten Proletarier, wenn er sehen muß, wie ein großer Teil seiner Klassengenossen mit offenen Augen und trübem Verstand ins Verderben rennt.

Vor 40 Jahren wurde der Deutsche Metallarbeiter-Verband gegründet. Gleich nach seiner Gründung setzte eine unerbittliche Verfolgung durch die Unternehmer ein. Er ist trotzdem immer größer und einflußreicher geworden. Wiederholt wurde von Querköpfen oder von bezahlten Subjekten des Unternehmertums versucht, den Verband durch Gründung von Gegenorganisationen zu schwächen. Auch das ist nicht gelungen. Sollte es diesmal mit dem „Einheitsverband“ anders werden? Er wird wie seine Vorläufer eine Eintagsfliege bleiben. Denn mit gewerkschaftlichen Extrasuppen ist kein Arbeitsloser satt zu machen, auch keine Streitigkeit mit dem Ausbeuter zu regeln und schon gar nicht der Deutsche Metallarbeiter-Verband zu unterspülen. Denn er besteht ja nicht des Spießes wegen, sondern ist eine bittere Notwendigkeit, eine Lebensnotwendigkeit für die Metallarbeiter. Das hat er tausendfach bewiesen. Wer so unsinnig ist, ihn schwächen oder gar zerstören zu wollen — ein wahnwitziges Vermessen! — der muß als Schädiger der Arbeiterschaft, als Helfershelfer des Ausbeuters, als Verräter am Proletariat betrachtet werden. Und als solcher Schädiger, Helfershelfer, Verräter wird er betrachtet und gebrandmarkt werden. Es sind jedoch die Metallarbeiter glücklicherweise noch nicht vom Wahnwitz befallen. Sie werden darum ihren einzigen Schutz nicht schädigen, sondern ihn noch verstärken.

W.M., Berlin.

Funktionär-Kundgebung

des bergisch-märkischen Bezirks im Wuppertal

Die Bezirksleitung des DMV in Hagen hatte die Funktionäre des bergisch-märkischen Bezirks, in dem, wie überall, sämtliche Tarifverträge gekündigt sind, zu einer Kundgebung in die Stadthalle nach Wuppertal-Barmen eingeladen. Der gewaltige Saal war bis zum letzten Platz gefüllt. Die Vertrauensleute des Verbandes wollten beweisen, daß sie da sind, um bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzureden.

Es war notwendig, diese Kundgebung für den bergisch-märkischen Bezirk zu veranstalten, damit einmal wieder bewiesen wurde, daß trotz allem Geschrei der sogenannten RGO die Funktionäre in den Betrieben dem DMV folgen. Die Kundgebung war weiter notwendig, um dem Unternehmertum, das glaubt, die freien Gewerkschaften und besonders die stärkste, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, sei zersplittert, eindringlich klarzumachen, daß das irrig ist.

So waren sie denn herbeigeeilt von Ruhr, Ennepe und Volme, von der Wupper, aus den Gebieten Remscheid, Solingen und Velbert.

Den einleitenden Vortrag hatte das Vorstandsmitglied, Kollege Heinrich Schliestedt, Berlin, übernommen. Er führte aus:

Der gegenwärtige Angriff des Unternehmertums gilt nicht nur den Löhnen, vielmehr den gesamten sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft. Er wird von den Unternehmern nicht nur im bergisch-märkischen Bezirk, sondern in ganz Deutschland planmäßig durchgeführt. Die Arbeiterschaft hat in vergangenen Krisenzeiten manche schwere Zeit durchkämpfen müssen. Diese Krisen waren in den letzten zehn Jahren mehr deutschen Ursprungs. Jetzt jedoch erleben wir den wirtschaftlich tiefsten Punkt, den wir je gekannt haben und dessen Wurzeln in der Weltwirtschaftskrise zu suchen sind. Ob die Krise ihren Höhepunkt schon erreicht hat, erscheint mehr wie fraglich. Rechnet doch selbst die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung im kommenden Februar mit 4 Millionen Erwerbslosen. Angesichts dieser Verhältnisse sind Verzweiflung und Verbitterung in weiten Kreisen der Arbeiterschaft begrifflich. Aus diesem

Elendzustand saugt die Reaktion ihre Kräfte, resultieren die Angriffe auf Lohn, Sozialpolitik und die demokratischen Freiheiten im Staate. Daher betreibt die politische Vertretung des Unternehmertums den Abbau der Unterstützungen als Entlastung für den Angriff auf die Lohnhöhe.

Der erste Angriff erfolgte bereits im Frühjahr. Damals stellte das Stahlwerk Becker in Willich seine Belegschaft vor die Wahl: Stilllegung oder Lohnabbau. Der DMV erhob vorwarnend seine Stimme und wollte Widerstand leisten, aber der Christliche Metallarbeiter-Verband bekannte sich öffentlich für Lohnabbau. Die Bahn war so für den Generalangriff auf die Löhne frei. Hier liegt

die große Schuld der christlichen Gewerkschaften.

Dann kam es zum Kampf in Nordwest, der schon mit Regierungshilfe für die Unternehmer zuungunsten der Arbeiter ausging. Infolge des schlechten Organisationsverhältnisses in der Schwerindustrie konnte der Verband an ernsthaften Widerstand nicht denken, lediglich verhindern, daß die Schlotbarone ihr Ziel ganz erreichten.

Das nächste Kampffeld war Berlin. Dort forderten die Unternehmer den Abbau der Tariflöhne um 15 vH. Regierung und Unternehmertum wollten in Berlin bereits ganz Deutschland erledigen. Wäre es nach ihrem Willen gegangen, so wäre die Berliner Regelung für alle deutschen Tarifgebiete maßgebend gewesen. Diesem Verlangen widersetzte sich der Verband. Ob schon uns die organisatorische Schwäche in Berlin bekannt war, wurde der Kampf aufgenommen im Interesse der Metallarbeiter ganz Deutschlands. Beim Berliner Schiedsspruch schaltete Stegerwald den zuständigen Schlichter Wissell aus und verschrieb sich Dr. Völkers, der nach einer vorausgegangenen Besprechung mit der Regierung einen Schiedsspruch fällte, der 6 bis 8 vH Lohnsenkung brachte. Dies war

das Werk Adam Stegerwalds, des christlichen Gewerkschaftsführers.

Nach 14tägigem Streik wurde der Kampf in Berlin abgebrochen, da der Widerstand der vielen Unorganisierten trotz Suppentopf und RGO gebrochen war. Der neue Schiedsspruch der drei Unparteiischen geht nicht auf Konto des Verbandes. Heute haben wir Kampf auf der ganzen Linie. Die Tarife sind gekündigt im Süden und Osten, in Mitteldeutschland



Familie und Heim



WEIHNACHTSMÄRCHEN

Es läuten die Glocken — es flutet Licht;
Es klingen die alten Lieder.
Und wieder hört man den Weihnachtsbericht:
Der Heiland vom Himmel stieg nieder.

Das Christkind, das vom Himmelszelt
Gesendet zur sündigen Erde;
Erlösung zu bringen der ganzen Welt,
Daß endlich hier Friede werde.

Drum läuten die Glocken — es flutet Licht;
Doch hinter dieser Fassade
Starrt bleiche Not uns ins Gesicht —
Und blutige Waffenparade.

Der Friedensengel schwebt leise und sacht
Auf Wolken von giftigen Gasen;
Dieweil von den Türmen in dieser Nacht —
Wird „Ehre sei Gott“ geblasen.

Es läuteten Glocken — es flutete Licht
Durch prunkende Kirchenhallen.
Doch draußen im Felde — vergesst es nicht —
Sind Millionen gefallen!

Drum schweig ihr Glocken; ihr brachtet nichts
Von dem, was ihr uns verkündet!
Doch freuen wir uns der Fülle des Lichts —
Das Hoffen im Herzen entzündet.

Die Sonnenwendfeuer der heidnischen Zeit
Entflammen symbolisch aufs neue.
Der Sieg des Lichts über Dunkelheit
Gibt UNSERM Feste die Weihe.

Der Sieg des Rechtes, der Sieg des Lichts
Kann Frieden — Erlösung nur bringen.
Die Weihnachtsmärchen, die nützen uns nichts —
Wie schön die Glocken auch klingen.

Das ist der wahre und tiefere Sinn
Der alten Weihnachtslegende:
Auf hellere Zukunft deutet hin —
DER MENSCHHEIT SONNENWENDE!

Karl Meve

Auf die Viertelchen achtgeben!

Hoch klingt das Lied vom großen Preisabbau. Aber es klingt wie bei vielen anderen Besungenen und beweihräucherten Dingen: Man merkt nicht viel davon.

„Man“ ist in diesem Falle der Verbraucher. Die Hersteller, Zwischen- und Einzelhändler allerdings werden es schon etwas merken, wenn sie nicht ganz so viel mehr auf die Herstellungs- oder Einkaufspreise draufschlagen können, und sie werden es sich angelegen sein lassen, dies an allen möglichen Stellen wieder wettzumachen.

„Die Verbraucher und die Hausfrauen besonders werden eben wieder mit den Viertelchen eines Pfennigs, nicht nur mit dem Pfennig, rechnen lernen müssen, wenn sie die Wohltat des Preisabbaues würdigen wollen“. So sagen uns die zuständigen Stellen für den „Preisabbau“. Wie nett, nicht wahr! Als ob wir nicht längst wieder mit Pfennigen und Viertelchen von Pfennigen rechneten. Denn die Notzeit hat uns Hausfrauen schon in eine sehr scharfe Schule genommen. Wir haben schon längst gelernt, uns aus der erzwungenen Großzügigkeit der Inflationsziffern wieder auf Pfennig-Genauigkeit einzustellen. Noch mehr: Wir haben gelernt, auf so Vieles überhaupt zu verzichten, was früher durchaus als Bedarf und nicht als Luxus galt, und wenn der Familienvater jetzt soundsovielle Mark weniger an Gehalt oder Lohn hat durch den Lohnabbau, so wird der ganze Preisabbau wenig nützen, weil ein großer Teil der Verbraucher einfach manches überhaupt nicht mehr kaufen kann, selbst wenn es um einen Viertelpfennig, einen halben oder einen ganzen Pfennig billiger geworden ist. Und die Verkäufer werden feststellen, daß sie die früher bescheidene Kundschaft, die meist nur „Viertelchen“ kaufte, zum großen Teil verlieren — jene Kundschaft, die ihre kleinen Käufe bar bezahlte, die bei der Kleinheit der gekauften Mengen sich keine Kritik erlaubte, die nichts „zugeschickt“ haben wollte.

Dafür werden diejenigen Leute, die der Lohnabbau nicht nur nicht trifft, sondern die durch ihn sogar den Nutzen verminderter Unkosten haben, bei der Sache doppelt profitieren.

Erstens mal genießen sie natürlich die abgehauchten Preise, zweitens haben sie ihre Lieferanten jetzt noch besser als früher in der Hand, weil sie den zahlungsfähigen Rest der zusammengeschmolzenen Kundenzahl darstellen. Sie werden ein wenig mehr nützen und ein wenig mehr und ein wenig länger „auf Rechnung stehen“ lassen können, ohne daß der Verkäufer sich zu necken wagt.

Wenn wir nun aber, wir von dem Lohnabbau und Preisabbau in so fragwürdiger Weise Beglückten, an den Kauf dergleichen Dinge gehen, die unbedingt für den täglichen Bedarf da sein müssen, dann wollen wir es uns in jeder Hinsicht vor Augen halten: „Es geht jetzt um die Viertelchen!“

Wir werden, wenn wir nicht im Konsumverein kaufen können, auf die Händler scharf aufpassen. Wir werden dem Fleischer, der uns selten genau das verlangte Gewicht geben will, sondern bei dem es immer „ein Zehntel oder ein Viertelchen mehr“ ist, freundlich aber bestimmt eröffnen, daß wir eben gerade nur 1 Pfund oder ein halbes kaufen wollen und nicht die Absicht haben, nicht genau kontrollierbares Mehrgewicht widerspruchsvoll anzufassen zu lassen und zu bezahlen. Wir werden uns genau erkundigen, welchen Bruchteil des Gewichtes die Knochenbeilage ausmachen darf. Wir werden, wenn wir uns ein Viertelchen Wurst für 35 Pfennige erlauben wollen, uns nicht das Endstückchen (mit Zipfel und vielleicht noch einem Ende Bindfaden dran) auf 200 Gramm großzügig ausgewogen für 55 Pfennige aufnötigen lassen, denn die für uns wirklich nutzbare Menge beträgt bei solchen Endstückchen nie das bezahlte Gewicht.

Wir werden der zierlichen Kleinheit der Semmeln und Gebäckstücke eine erhöhte und durchaus nicht zustimmende Aufmerksamkeit widmen müssen, ebenso dem

Brotgewicht. Und wir werden überall die Güte sehr eingehend in Betracht ziehen.

Auch der Stoff- und Kurzwarenhändler muß erfahren, daß wir uns nicht auf die Meterlänge einen Daumen mitmessen lassen. Ich führe hier einen Fall an, wo ich für Gardinstoff das genau ermittelte Längenmaß, unter Berücksichtigung der Säume und etwaigen Einlaufens des Stoffes beim Waschen verlangte. Es waren 11,60 m, vorsichtshalber verlangte ich 11,75 m, und ich mußte daheim beim Nachmessen ärgerlich feststellen, daß bei dem Händler 11,75 m gleich waren mit knapp 11,50 m, so daß ich gerade knapp mit der benötigten Gardinenlänge auskam, für späteres Einlaufen in der Wäsche konnte ich nichts vorsehen und muß mir dann zu helfen suchen.

Also: Aufpassen, aufpassen! Es geht um die Viertelchen, um die kleinsten Bruchteile, um die wir uns kümmern müssen, selbst auf die Gefahr hin, erst mal als nörgelnde Kunden angesehen zu werden. Mißtrauen soll ein Verkäufer nicht übelnehmen, sondern dadurch entkräften, daß er uns ganz einwandfrei bedient. Er nimmt unser Geld ja auch nicht unbedenken und im guten Glauben ungezählt an.

Wir haben uns zu wehren mit beiden Händen, mit Worten und Taten, und wenn wir alle das beherzigen, und wenn die Händler und Verkäufer, denen wir das Geld ins Haus tragen, erst mal merken, daß wir alle verflücht gut aufpassen, dann werden sie sich dreifinden, daß man den gutmütigen, im Ladengedrange angelegentlich plauschenden Käuferinnen zwar manches bieten konnte, aber das vor den prüfenden Augen scharf rechnender Käuferinnen besser unterläßt.

Auch das wird ein Schritt sein zur Gesundung der Wirtschaft!

Schwiegermutter — Schwiegervater

Der Gegenstand „Schwiegermutter“ war von jeher unerschöpflich. Man soll nicht glauben, daß es in dem heutigen Zeitalter der berufstätigen Frau erledigt ist. Ganz im Gegenteil! Durch schwierige Wohnungsverhältnisse, oft sogar durch gemeinsames Haushalt, durch geldliche gegenseitige Abhängigkeit sind Schwiegermutter und Kinder viel aufeinander angewiesen und die Reibungsflächen noch größer.

Das schwierige Verhältnis, das die Schwiegermutter derartig in Verfall gebracht hat, ist fast immer das zwischen ihr und der Schwiegertochter. Hingegen sind die Beziehungen zum Schwiegersohn meistens sehr verwandtschaftliche. An und für sich ist ein Gemeinheitsleben zwischen zweierlei Geschlechter stets leichter. Der Schwiegersohn scheidet aus der Familie aus, geht in die Familie der Frau und wird von der alles umsorgenden Mutter freudig als neues Kind aufgenommen. Der Haushalt der Tochter wird in den meisten Fällen von ähnlichen Grundsätzen geleitet wie sie im elterlichen Hause üblich waren. Versteht es der Schwiegersohn, sich die Zuneigung der Schwiegermutter zu erhalten, dann bleibt die Harmonie zwischen beiden gewahrt.

Anders ist es mit der Schwiegertochter. Sie kommt aus einer Familie, deren Mitglied sie nach der Verheiratung bleibt. Sie ist es, die dem Haushalt des Sohnes das Gepräge gibt und fremde Wohnverhältnisse mitbringt, die der Eigenart der Schwiegermutter nicht liegen, ihr vielleicht sogar entgegen gesetzt sind. Kritisch und in den wenigsten Fällen objektiv, wird jetzt ihr Tun und Handeln unter die Lupe genommen. Die Schwiegermutter fühlt, daß sie den Sohn bis zu einem gewissen Grade verliert, und beginnt eifersüchtig mit der jungen Frau um Liebe zu kämpfen. Der Sohn gerät in eine schwierige Lage, er muß innerlich, oft sogar äußerlich Stellung nehmen, und wird sich naturgemäß auf die Seite der Frau stellen. Die Folge ist dann die Erbitterung zwischen den beiden Frauen, die sich gerade durch gemeinsame Liebe zum Sohn und Mann am nächsten stehen sollen. Wen trifft die Schuld?

Eigentlich beides! Dieses Verhältnis ist psychologisch leicht erklärlich und wiederholt sich in den meisten Fällen. Bei festem Willen zu gegenseitigem Verstehen vor allem durch ehrliche Selbstkritik und Ausschalten alles Kleinlichen, wäre auch in diesem Falle eine Harmonie zu erzielen. Die

Schwiegermutter sollte die Eigenart der neuen Tochter wenigstens achten und versuchen, ihr gerecht zu werden, wenn der Sohn glücklich und zufrieden in seiner Ehe ist. Sie sollte sich auch niemals ungewünscht in die Angelegenheiten der jungen Frau mischen. Bei kleinen Ehezwistigkeiten, die nicht ausbleiben, sollte die Schwiegermutter möglichst gar keine Rolle spielen.

Die Schwiegertochter darf nie vergessen, daß es nicht leicht ist, die Liebe zu einem Kinde teilen zu müssen. Sie hat keinen Grund, der Schwiegermutter zu grollen, wenn der Sohn den elterlichen Haushalt, die frühere Fürsorge der Mutter und die schmackhafte Bereitung seiner Lieblingsgerichte als etwas Besonderes, Nachahmenswertes hinstellt. Sie sollte sich stets bewußt sein, daß bisher die Mutter unentbehrlich für den Sohn war und mehr oder weniger Anteil an seinem Leben hatte.

Und der Schwiegervater? Seiner gedenkt man mit Recht kaum bei diesen schwierigen, verwandtschaftlichen Beziehungen. Mit dem Schwiegersohn steht er sich meistens glänzend. Männer untereinander sind viel weniger differenziert als Frauen. Sie gehen zusammen zum Glase Bier, spielen Karten, führen bei der Zigarre berufliche oder politische Gespräche, die vielleicht Gegensätze der Anschauungen aufdecken, aber nicht zu persönlichen Reibereien führen. Hat der Schwiegersohn einen soliden Beruf und einen anständigen Charakter, ist alles in Ordnung.

Und Schwiegervater und Schwiegertochter? Meistens strahlen die alten Herren, wenn sie von der Schwiegertochter erzählen können. Sie sind ja selbst Männer, waren auch einmal jung, und umgeben nur zu gern die Schwiegertochter mit Ritterlichkeit und Aufmerksamkeit. Dieses verwandtschaftliche Verhältnis ist bei dem Kreuz und Quer der gegenseitigen Beziehungen entschieden das erfreulichste. Ilke v. Saß.

Entlassung

Nur noch eine Frage beschattet seit Wochen die Gedanken der Belegschaft: Wer wird denn entlassen? Keiner weiß es. Und das ist das Schlimmste. Jeder meint, er wäre es, der entlassen wird. Jedem ist die Lebensfreude vergangen. Dieselbe bange Frage beschäftigt daheim die Frau. Mit der Frage: Ob ich wohl arbeitslos werde? beginnt und endet der Tag. Wenn der Meister kommt so starren ihn alle Augen erwartend an. Es dauert unträglich lange, ehe eine Antwort kommt. Schon sechs Wochen geht die Rede von den Entlassungen. Sechs Wochen schon dauert die Folter. Wenn wenigstens Gewißheit da wäre, es wäre dann ja halb so schlimm. Die Ungewißheit ist furchtbar.

Dann eines Tages hat der Obmann die Liste der zur Entlassung kommenden Leute. Die folgenden Stunden sieht man Leute mit Gesichtern, aus denen alles Blut entronnen scheint. Wie ein Keulenschlag hat es sie getroffen. Arbeiter, die ihre Kräfte im Werk verbraucht haben, die zu alt sind, um noch einmal Beschäftigung zu bekommen, die nur ein langsames Verelenden vor sich haben. Familienväter, die ihren Kindern das Notwendigste zum Leben nicht mehr geben können. Menschen, die durch das Fehlen der Arbeit allein schon seelisch krank werden. Vernichtete Hoffnungen, gequälte, traurige Menschen. — Die Arbeiter dürfen leiden, aber die Dividende nicht.

Einer nach dem anderen geht zum Betriebsratsraum. Jeder fragt sich, jeder sagt sich: Warum gerade ich? Der Betriebsobmann ist längst bei der Direktion gewesen und hat die Entlassung wenigstens von den Ärmsten abgewendet. Was wissen die auf der Direktion denn von der Not des einzelnen Arbeiters — daß der ein krankes Weib daheim hat und vier unmündige Kinder; daß jener erst vor ein paar Tagen, nach jahrelangem Warten, eine Wohnung bekam, die er nun wieder aufgeben muß, weil er die Miete von der Unterstützung nicht aufbringen kann; daß der andere nur vom Meister vorgeschlagen wurde, weil er die Überstunden verweigerte oder weil dem Meister die Nase nicht gefiel...

Eine ganze Anzahl ist von der Entlassungsliste gestrichen worden, aber es sind doch noch viele stehengeblieben. Mancher, der die Gewerkschaften und den Betriebsrat nur immer beschimpfte, bittet jetzt den Obmann um Fürsprache. Aber dessen Macht ist erschöpft. Er kann ihnen nur sagen: Hättet ihr die Gewerkschaften unterstützt und nicht nur immer gegen uns gewöhlt, es wäre heute sicherlich besser im Betrieb. Ihr seid jedoch immer feige zur Seite getreten und habt euch vom Beitrag gedrückt und habt die Verbesserungen eingesteckt, die doch nur durch unsere unermüdete Arbeit zustande kamen. Ein Stahlhelfer ruft: „Ja, wenn ich in der freien Gewerkschaft wäre, dann bräuhete ich jetzt nicht zu gehen!“ — „Ich wünsche, ich könnte wenigstens unsere Verbandskollegen halten!“ denkt der Obmann. Er hat ja selbst seine beiden Söhne bei den Entlassungen und er könnte sie vielleicht halten, weil sie als tüchtige Fachleute sehr gebraucht werden. Aber er will nicht, weil die Meute im Betrieb keinen Nährstoff bekommen soll. Und mancher ist bei den Entlassenen, der ihm lieb und wert ist und tüchtig im Vertrauensmännerkörper schaffte. Allein, er kann sie nicht halten, weil sie bei den Vorgesetzten verhaßt sind.

Einer nach dem anderen geht zum Werk hinaus. Mancher st dabei, der eine Fabrik nie mehr von innen sehen wird. Hans Dohrenbusch.

Aus der Schule

Lehrer: „Wer kann mir sagen, wie man das Wort Dom schreibt? Nun, Karl?“
„D-o-h-m.“
„Falsch, na, Wilhelm, sage du es.“
„D-o-o-m.“
„Auch nicht richtig. Na, Franz wird's euch sagen. Nun, Franz?“
„D-o-m.“
„Richtig, Junge, weißt du auch, was der Dom ist?“
Franz (den Daumen hochhaltend): „Hier, Herr Lehrer.“

Ein Entlassungsgrund

„Anna“, sagte die Hausfrau zum Dienstmädchen, „mein Mann beklagt sich jeden Tag über die Unordnung im Haushalt, über den Staub auf den Möbeln, über die Sprünge in den Porzellantellern. So kann das nicht weitergehen! Das müssen wir ändern!“
„Ganz meiner Meinung“, antwortete Anna. „Ich habe mich schon lange gewundert, daß Sie einen so unzufriedenen Mann im Haus geduldet haben!“

Bedeutender Erfolg

A: „Hat denn Schulz als Schauspieler schon Erfolg gehabt?“
B: „Ja, er spielte neulich in einem Stück einen Diener so vorzüglich, daß ihn ein Baron sofort nach dem Theater als Lakai engagierte.“

Die Weihnacht der Armut

Das Wort Weihnacht klingt milde und verheißend. Das Fest des Lichtes trägt den grellen Schein der Kerzen bis in die kleinste Hütte. Alles scheint so wohlthuend. Sehen wir aber hinter dem Mantel der kirchlichen Lehren nicht Menschen, die anders im Tun als in ihren Worten sind? Paßt Weihnachten eigentlich noch in unsere Zeit? Es scheinen für den Arbeiter Engel und Götter gestorben. Der einzigen Macht, der wir unser Vertrauen geben, das ist das Werkvolk, das ringt, um neue Verhältnisse zu schaffen.

Sehen wir auch in unseren Kreisen die geschmückte Tanne mit strahlenden Kerzen, so sind sie uns Lichtbringer und Leuchten für eine bessere Zeit, die ihr Fundament in der Menschlichkeit hat.

Wir werden in diesem Jahre vielleicht die schwerste Weihnacht feiern. Die Arbeitslosigkeit, die Krankheit ganz Europas, hat schon viele Opfer gefordert, sie hat aber vor keinem Tor und vor keinem Menschen Erbarmen. Wie ein wütender Stier durchrast sie die Lande. Arbeitsämter und Wohlfahrtshäuser geben den Armen der Armen das Notwendigste zum Leben. Irrenhäuser klagen an! In ihnen treffen wir die Opfer der Verhältnisse aus allen Kreisen. Gefängnisse und Arbeitshäuser sind überfüllt. Wir Menschen betrachten die Dinge aber nüchtern und fragen uns: Wie soll dieses Jammerspiel noch enden?

Sollen wir etwa unter solchen Zuständen als Hohelied der Weihnacht „Lobet den Herren“ singen? Nein, wir können keinen Herren in Diesseits, auch nicht im Jenseits loben; denn Herren machten uns zu Knechten!

In einer Zeit, wo einige Mitbürger ein Freudenleben führen, kämpfen mit letzter Energie Millionen um das tägliche Brot. Hier Armut — dort Luxus: So ist die Zeit!

Seelisch ein Trümmerhaufen und körperlich eine Ruine, das ist der Proletarier, der jahrelang mit heißer Sehnsucht auf Arbeit wartet. Zerrüttetes Familienleben und kranke Kinder, das sind die Zeichen der Not. Übergroße Sterblichkeit der jungen Menschen, das ist die Anklage gegen die morsche Gesellschaftsordnung.

In all diesem Ringen steht die Jugend, die einst das Erbe der großen Arbeiterbewegung antreten soll. Sie ist verurteilt, auf das Beste vom Leben, auf ihre Jugend, zu verzichten. Ist das nicht die größte Anklage?

Laßt uns aber nicht den Mut verlieren. Die Verhältnisse sind zerrüttet, laßt uns wenigstens die Menschen retten. Vergesst nicht daß wir noch die Gewerkschaften, die Partei, die große Arbeitersportbewegung und all die vielen Kulturorganisationen haben. Wir haben uns in Jahren schwerster Kämpfe schon viel erobert, aber es ist noch nicht genug, um die Verhältnisse zu meistern.

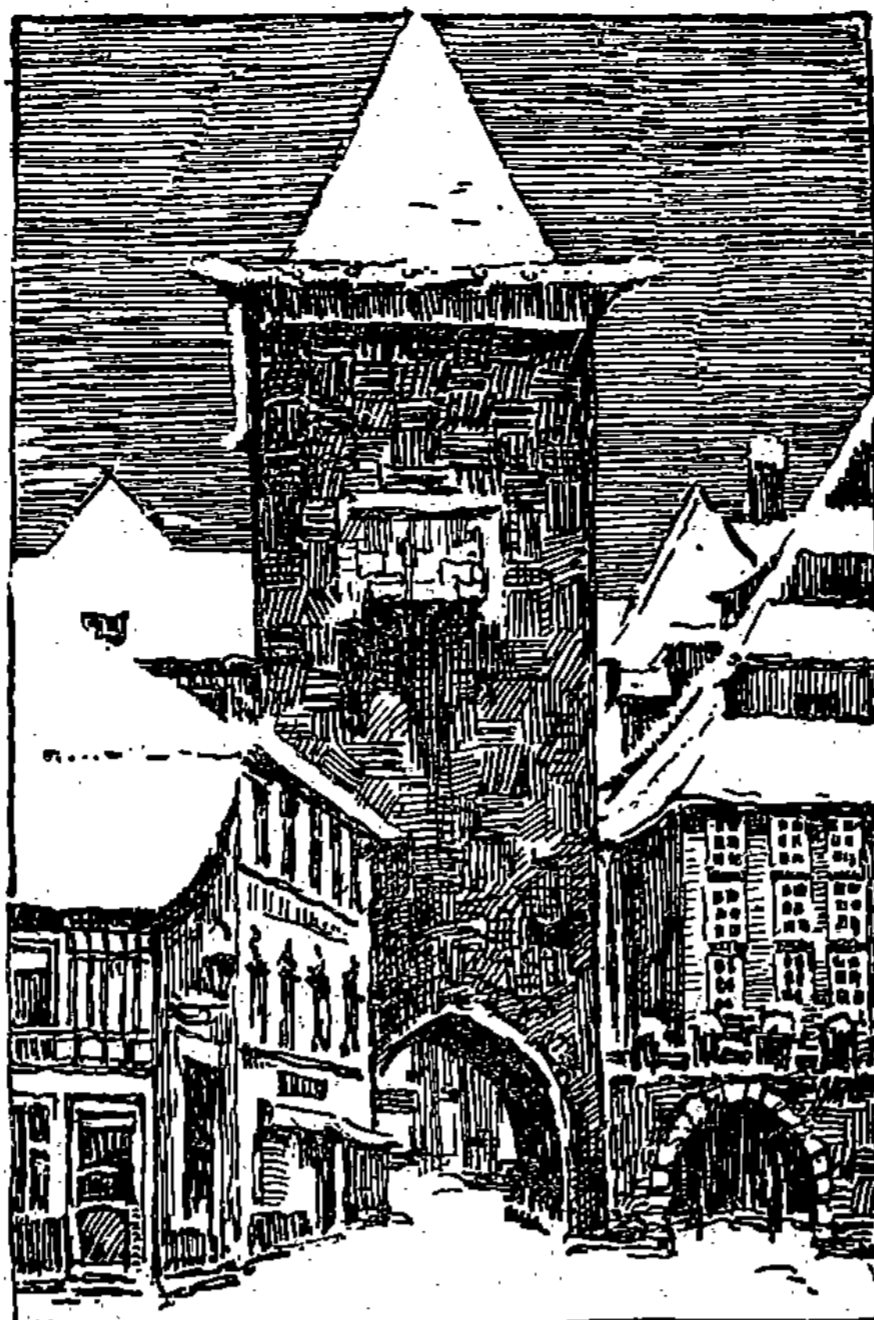
Was soll aber in solchen Zeiten der Bruderkampf der Arbeiterbewegung? Haben jene Demagogen, die glauben, mit Worten und Krawallen die Verhältnisse zu ändern, noch nicht erkannt, um was es geht? Wollen sie die starke Arbeiterbewegung mit ihrer Wahnsinnspolitik weiter zersplittern? Haben jene noch nicht erkannt, daß die Gemeinschaft im Herzen beginnt?

Uns braucht es um die Zukunft nicht zu bangen: denn noch steht die sozialistische Bewegung wie ein Fels. Wir wollen aber auch die Arbeit, die jetzt in allen Arbeiterorganisationen verantwortungsvoller denn je ist, würdigen. Lehnen wir es endlich auf der ganzen Linie ab, daß man die Führer der Arbeiterbewegung für jenes wirtschaftliche Chaos verantwortlich macht, das wir jetzt haben, um von den wahren Gründen abzulenken. Forschen wir tiefer, dann sehen wir, daß die kapitalistische Gesellschaftsform am Ende ist. Jetzt ist die Zeit, da sich die Masse werktätige Menschheit vorbereiten muß, um für die schwersten Kämpfe bereit zu sein.

Wir erwarten von dieser Zeit nicht viel. Aber je schneller die alten Verhältnisse zerfallen, desto eher werden wir die Welt nach unseren Grundsätzen formen können. In diesem Bereitsein muß uns die Einigkeit und Geschlossenheit begleiten. Da kann uns nur die organisierte Macht helfen! Und die sind wir, wenn wir restlos die Forderungen der Zeit erkannt haben.

Jenen Menschen, die alles Morsche und Vergehende verteidigen, die immer aufs neue das Rad der Zeit zurückdrehen, die nicht merken, daß neue Zeiten neue Forderungen haben, rufen wir das prächtige Wort von Ferdinand Freiligrath zu:

Nur was zerfällt vertrittet ihr!
Seid Kasten nur, trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht,
unser die Welt trotz alledem! Kurt Busse.



Michaelis

Winternacht

Ein Tönen schwingt in winterstarrten Räumen
Und aus den Tiefen schüttet sich das Licht —
Das ist das Märchen von den Weihnachtsträumen,
Das wie aus Geisterfernen in den Alltag bricht.

Und dieses Märchen webt zu sel'ger Feier,
In der es harft von lichten Engeln wunderlind,
Mit warmen Strömen seine Silberschleier
Um eine Wiege, um ein erdnackt armes Kind.

Das ist der Sinn der alten Weihnachtssage:
Gott küßt die kalte Welt, damit das Leben blüht
Und traumverloren golden durch die Tage
Auf Lichtergondeln neue Hoffnung Kreise zieht...

...Einst wird in Frieden prangen Mutter Erde
Und um ihr Antlitz glänzen warm der Liebe Schein,
Und enden werden Hunger und Beschwerde
Und alle ihre Kinder werden Brüder sein...

So klingt die Mär. Und ob die Monde gleiten,
Es bleibt die heilige Musik der stillen Nacht,
Und ist wie Sphärenklang aus Ewigkeiten,
Der in uns braust und uns zu Weihnachtsmenschen macht

Die Spargroschen an Weihnachten

Die Sitte des Sammels für Weihnachten durch sogenannte Sparvereine ist wohl zuerst in England aufgekommen. In diesem Jahr werden dort nach amtlicher Schätzung an Mitglieder derartiger Sparklubs etwa 100 Millionen Goldmark vor dem Feste zur Auszahlung gelangen.

Auch in Deutschland gibt es schon seit einer Reihe von Jahren solche Weihnachtssparvereine in allen möglichen Formen und Schattierungen als Unterabteilungen von Sport-, Kegel-, Skat- und ähnlichen Klubs.

Wahrhaft vorbildlich ist auf dem Gebiete des Weihnachtssparens der aus der Arbeiterbewegung im engen Zusammenschluß mit den freien Gewerkschaften und der SPD entstandene Konsumverein.

Nach Maßgabe seiner Gewinnrate bezahlt er alljährlich seinen Mitgliedern auf Grund der im Laufe des Jahres gemachten Einkäufe eine gewaltige Summe aus. Im vorigen Jahre betrug der Umsatz des Konsumvereins in ganz Deutschland weit über 1 Milliarde M wovon etwa 5 vH als Weihnachtsgabe in bar an die Mitglieder zurückgezahlt wurden.

In vielen Familien, die sonst angesichts der immer schwieriger werdenden Lebenshaltung, der geringen Löhne und dauernd anwachsender Preise auf allen Gebieten nicht in der Lage sind, sich irgend etwas am Weihnachtsabend zu schenken, ist die Möglichkeit gegeben, doch noch, wenn auch in bescheidenem Maße, das Fest zu feiern.

Interessant wäre es wohl auch einmal festzustellen, wie groß in Deutschland die Gesamtsumme ist, die durch solche Sparvereinigungen zur Verteilung gelangt. Wahrscheinlich dürfte diese Summe den in England gezahlten Gesamtbetrag von 100 Millionen Goldmark noch übersteigen.

Die große Zeit

„Stahlbad Anno 17“ nennt Peter Riß sein Buch, in dem er der Wahrheit über die vielgerühmte „große Zeit“ der Kriegsjahre zum Recht verhilft. Wir haben in den letzten Jahren eine Reihe Erinnerungswerke aus dem Weltkrieg bekommen. Mutige Männer stürmten damit gegen die nationale Verlogenheit des heutigen Stahlhelmschismus vor. Sie wollten nicht dulden, daß einer Jugend, die die Grauen des Weltkrieges nicht aus eigenem Erleben kennt, unter dem Vorwand nationaler Würde und Vaterlandsiebe militaristische Instinkte und Kriegstollheit eingepfropft wird. In unserer Zeit, in der ein kriegstoller unverantwortlicher Mob durch die Gassen der Städte rast, ist das Buch von Peter Riß eine Tat. Der Verfasser war im Kriegsjahr 1917 Grenadier des Jahrganges 1899, das heißt ein blutjunger Mensch, noch nicht 17 Jahre alt, war in die zermalmende Maschinerie des durch Fehlschläge verwirrten Militarismus und seiner Nutznießer geraten. Dieser Achtzehnjährige hat die furchtbare Zeit in ihrer ganzen Schwere erfahren und begriffen. Heute als gereifter Mann schleudert er

nun die unverhüllte Wahrheit der gewissenlos randalierenden Meute wildgewordener Spießbürger in das Gesicht. Noch einmal steht der Krieg in seiner schlimmsten Zeit des Jahres 1917 vor unserem geistigen Auge auf, wir erleben noch einmal die Schrecken, Vergessenes schleicht sich wieder in die Erinnerung, und wir stehen beschämt über die Tatsache, daß die Menschheit diese Schrecken nahezu vergessen hat, wie ein Jüngling eine nebensächliche Poussade am Gartenzaun zu vergessen pflegt. Es ist ein erschütterndes Kriegsbuch, das besonders unserer Jugend, die leicht den Lockungen der Militaristen zum Opfer fällt, zugänglich gemacht werden muß. Ihr Mütter, schützt eure Jungen vor dem Kriegswahn! Das Buch „Stahlbad Anno 17“ wird euch dabei behilflich sein. Legt dieses mit Weisheit und Menschenliebe geschriebene Buch euren Jungen auf den Weihnachtstisch, dadurch tragt ihr mit dazu bei, die Gefahren neuer Kriege zu bannen. Das Buch kostet 6 M, in gutem Leinenband 8 M. Erschienen ist es im Fackelreiter-Verlag Hamburg-Bergedorf. Verbandskollegen können das Buch durch die Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148, beziehen.

Weihnachtserinnerungen

In unserer freudearmen Zeit, wo wirtschaftliche und andere Sorgen uns bedrücken, ist die Innehaltung von Festtagen als lichtvolle Unterbrechung der schweren und arbeitsreichen Werkstunden eine Notwendigkeit geworden. Besonders der vor uns liegende lange und strenge Winter verträgt eine solche Ruhe- und Feiertage in besonderem Maße.

Darum wurde seit altgermanischen Zeiten das Weihnachtsfest als Lichtfest gefeiert und später von den Christen übernommen als Geburtsfest ihres Heilandes. Wenn man will, läßt sich auch die christliche Religion als Vorläufer des Sozialismus betrachten. Abgesehen von der religiösen Glorie, die die Geburt und das Leben Christi in göttliche Sphären hebt, liegt doch eine soziale Tatsache zugrunde.

Der Zimmermann Joseph befindet sich mit der hochschwangeren Maria auf Wanderschaft. Sie finden Unterkunft in einem Stall, wo Maria des Nachts ein Kind gebärt: Jesus. Der arme Zimmermannsohn, durch geistige Qualitäten zur Führerschaft berufen, gründet als Wanderprediger mit Hilfe einer Schar Glaubensgenossen das Christentum, das sich allmählich über die ganze Welt verbreitet und bis zum heutigen Tage des 20. Jahrhunderts Bestand gezeigt hat. Nachdem heute der Sozialismus zum festen Begriff eines internationalen Allgemeingutes der Arbeiterschaft wurde, haben die sozialen Bestrebungen die Brüderlichkeit der Kirche abgelöst. Und wir Heutigen feiern weiter das Weihnachtsfest als Kinder unserer Zeit, die nach dem Zusammenbruch alter Ideen neue Probleme, neue Formen des Daseins schaffen.

Uns allen haben wohl mehr und minder treu sorgende Elternhände in unserer Kindheit das Weihnachtsfest bereitet. Dieses Andenken an lichtvolle Stunden nehmen wir mit als beste Gabe in unser späteres Leben, wo sie einen bleibenden Schatz der Erinnerung bilden.

Gern denke ich an meine Kindheit. Da war das Theatre Morieux in Hamburg, lebensgroße Marionettenfiguren stehen noch heute vor meiner Seele (in Wirklichkeit waren sie bestimmt nicht so groß). „Morieux“ war alles für mich, noch ehe ich wußte, was Weihnachtsmarkt heißt. Als Schulkind wußte ich es. Wenn es hieß, „der Dom ist eröffnet“, ging's gleich am Nachmittag raus zum Heiligengeistfeld — da war unser „Dom“ — das ist die Bezeichnung in Hamburg für Weihnachtsmarkt, wahrscheinlich als Überbleibsel einer Weihnachtsmesse am Dom. Meine Geschwister und ich erhielten je 50 Pfennige zum Einkaufen. Da war man so reich.

Kurz vor dem Fest, am 22. Dezember, war Armenbescherung bei uns in der Schule. Wir hatten wochenlang Hemden und Röckchen genäht, auch wurde Spielzeug mitgebracht, und jeder von uns durfte ein armes Kind bringen, dem beschert wurde. Märchenhaft schön erschien mir ein beleuchtetes Transparent an der Wand: Die heilige Familie. Es gab Schokolade und Kuchen. Am 23. Dezember war Schüleraufführung. Lebende Bilder wurden gestellt: Die Märchen von Grimm. Hier erlebte ich Grimm im Bilde. Ich sehe ihn noch — den gläsernen Sarg mit Schneewittchen, den Zwergen, die Dornröschenhecke voll Rosen usw.

Dann kam das Fest selbst — wir Kinder im Dunkeln vor der Weihnachtstür — ein Klingelzeichen — der Tannenbaum im Lichterglanz und bunten Kugelketten. Unterm Baum lag nicht viel: Praktisches — Bücher — braune und weiße Kuchen, Apfel und Nüsse.

Weihnachtsstraum unserer Kindheit — wie viele Tränen flossen seitdem, wieviel Schmerz galt es zu überwinden, welche harte Kämpfe zu bestehen. Und doch: lichtvoll und schön stehen die ersten Kindheitserinnerungen vor meiner Seele und geben als versöhnendes Element Halt auch in ernstesten Stunden.

Weihnachtszeit, du gehörst der Jugend, und sie gehört zu dir. Fest der Freude und des Lichts — der Überraschung und des heimlichen Glücks. Martha Michaelis.

Weihnachtsgedanken

Übermütig tanzen die Schneeflocken in der Luft. Es ist Winter; Weihnachten. Weihnachten! Für wen?

Für den Arbeitslosen, der frierend an den Straßenecken steht?

Für den Arbeiter, der sich für einen Hungerlohn täglich die Knochen schindet?

Oder für den kleinen Beamten, der vielleicht morgen schon als Opfer der Rationalisierung auf die Straße fliegt?

Höhnisch grinsen uns die Weihnachtsangebote in den Zeitungen entgegen. Die Worte „Verbilligte Preise“ wirken wie blutiger Hohn auf unsere Gemüter, die wir kaum unser nacktes Leben fristen können. Wo bleibt das Weihnachtsgeschenk für die Schwester, den Bruder, für die Eltern?

Träume!

Es müssen erst neue Steuern für die Proleten eingeführt werden, damit der Großagrariar standesgemäß leben kann.

Die Löhne müssen gekürzt werden, damit die Frau des Generaldirektors sich höheren Luxus leisten kann.

Wir aber werden unsere Reihen dichter schließen. Wir werden trotz der Spaltungsversuche von rechts und links den Kampf gegen die soziale Reaktion weiterführen. Wir werden den Südlingen der Kapitals den Daumen auf die Gurgel drücken und ihnen zeigen, daß die Arbeiterschaft gewillt ist, die nationalsozialistische Hirnpist auszurotten.

Für diesen Kampf müssen wir alle Kraft sammeln, jedes Mittel anwenden, damit endlich Friede auf Erden werde und den Menschen ein Wohlgefallen. O. B., Oberndorf.

Rot leuchtet ein Banner über die Welt,
Und der Freiheit Ruf durch die Lande geht,
Aufhorchet der Arbeit Heer in der Nacht:
Wird uns endlich, endlich Erlösung gebracht?
Rotbanner, nur du kannst ewig binden!
Durch dich wir Daseinserfüllung finden!
Uralter Traum wird durch dich Wahrheit werden:
Friede, Glück aller Menschen auf Erden!



Ja, mein lieber Junge, auch beim Weihnachtengel muß man was zum reinstecken haben, anders gibt der nichts herous. Bist in der Auswahl deiner Eltern nicht vorsichtig genug gewesen.



Verbandsleben



Zur Beachtung!

Der Feiertage wegen ist es technisch unmöglich, die Nr. 52 der Metallarbeiter-Zeitung rechtzeitig fertigzustellen. Es erscheint daher die jetzige Zeitung als Doppelnnummer 51/52. Die Nr. 1 des neuen Jahres wird am 27. Dezember abgeschlossen und die folgenden Tage versandt. Schriftleitung und Versandstelle.

Gewerkschaftspresse und ihre Gegner

Die Gewerkschaftspresse gewinnt immer mehr, und zwar auch bei ihren Gegnern Beachtung. Mehr oder weniger hat man früher diese nicht geringe Pressemacht ignoriert. Man erachtete nur die Tageszeitungen als Ausdrucksmittel der öffentlichen Meinung und beachtete kaum, daß daneben Blätter erschienen, deren Auflagenziffer über diejenigen der allermeisten Tageszeitungen wesentlich hinausgehen. Wenn nun ein Umschwung eingetreten ist, so wollen wir dies gern anerkennen. Doch von der Art der Beurteilung liefert die Nr. 216 des „Industrieschutz“, Organ der bekannten Streikversicherungsgesellschaft des Deutschen Industrieschutzverbandes, einen treffenden Beweis. In dem betreffenden Artikel „Die Gewerkschaftspresse“ wird die Gründung des Fachausschusses für die Gewerkschaftspresse registriert und seine Aufgaben gekennzeichnet. Daran anschließend heißt es in dem Artikel: „Diese neugegründete Institution ist also dazu berufen, eine Art Konzern zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung zu werden und sie wird ihrer Aufgabe um so eher gewachsen sein, je weniger sich die Kreise um ihre Tätigkeit kümmern, die eigentlich das größte Interesse daran haben müßten, den Ausbau der Gewerkschaftspresse mit aller nur denkbaren Aufmerksamkeit zu beobachten: Die nichtmarxistisch eingestellten Parteien und Organisationen. Die Gewerkschaftspresse verfügt nämlich schon heute über eine derartige Anzahl von Blättern und Lesern, daß sich alle sonstigen Partei- und Interessengruppen nicht entfernt damit messen können.“

Der Fachausschuß soll also im Begriff sein, ein Konzern zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung zu werden. Daran wird er nicht gedacht haben, aber sein Bestreben war und ist es, die Gewerkschaftspresse zu der Bedeutung zu verhelfen, die sie verdient. — Nachdem die Auflage der gesamten Gewerkschaftspresse und der größeren Gewerkschaftszeitungen ziffernmäßig belegt ist, wird über den Inhalt der Gewerkschaftszeitungen gesagt, daß er sich über so ziemlich alle Gebiete des öffentlichen Lebens, insbesondere die Politik, Wirtschafts-, sozial- und kommunalpolitischen Fragen, Pädagogik, Kunst und Literatur, erstreckt. Wenn die Gewerkschaftspresse über alle diese Gebiete berichtet und die Gewerkschaftsmitglieder entsprechend schult, so hat sie unseres Erachtens ihre Aufgabe durchaus erfüllt. Aus der Haushaltsrechnung der Gewerkschaften wird mitgeteilt, daß die Ausgaben der dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften für Verbandszeitschriften, die „Gewerkschaftszeitung“ usw., 9.582.418 M betragen. Der Artikel schließt, daß die Beeinflussung der öffentlichen Meinung überdies noch die Pressekorrespondenzen des ADGB und der größeren Verbände vornehmen und daß neben der Gewerkschaftspresse des ADGB noch die Angestellten- und Beamtenorganisationen mit ihren Zeitschriften bestehen. Nämlich man dazu noch die etwa 200 Zeitschriften der SPD, „so wird man sich erst das richtige Bild von der Größe der hier für eine Idee, nämlich für die Idee der Zerstörung unseres jetzigen Wirtschaftssystems, arbeitenden Macht bilden können.“

Winterarbeit in den Ortsverwaltungen

In der letzten Nummer unserer MZ hat Kollege V. D. aus Essen auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Winterarbeit hingewiesen. Wir müssen seinen Anregungen nur zustimmen.

In unserer Ortsverwaltung waren wir durch ihre große räumliche Ausdehnung gezwungen, uns fähige Mitarbeiter heranzuziehen. Vor zwei Jahren, es war vor dem Wintereinbruch, schrieb unser Geschäftsführer Kollege Babler einen sogenannten Referentenkurs aus, der als Bildungsarbeit für den Winter gedacht war. Um die Anregungen des Kollegen V. D. zu ergänzen, sei mitgeteilt, wie wir nun arbeiten.

Daß bei einer solchen Arbeit nur kleine Gruppen von 15 bis 20 Menschen in Frage kommen, ist klar. Wir kommen jede Woche einmal abends zusammen. Auch Arbeitslose nehmen daran teil. Es ist aus psychologischen Gründen ratsam, daß arbeitslose Kollegen und solche, die noch im Produktionsprozeß stehen, nicht getrennt werden. Sie sollten gemeinsam ihre Lage besprechen und daraus erkennen, wie sie miteinander verbunden sind.

Der Lehrer hat uns zuerst einmal in das Arbeiterleben geistig eingeführt. Er hat uns unsere eigenen Erlebnisse und Erfahrungen aus dem Leben und der Fabrik durch schriftliche Arbeiten schildern lassen. Dadurch wurden wir freier, und er wußte von jedem einzelnen, wer er war und konnte nachher jeden einzeln erfassen.

Erst langsam, ich möchte sagen, beinahe unmerklich, kamen wir durch unsere eigene Arbeit mitten in die Gewerkschaftsfragen hinein. Wir mußten uns mit dem Arbeitsrecht beschäftigen, um die aufgeworfenen Fragen in der Praxis überhaupt klären zu können. Denn im Vordergrund standen immer praktische Fragen aus dem Betrieb, die uns durch ihre starke Lebendigkeit fesselten.

Wir Schüler mußten bald selbst aufgeworfene Fragen durch kurze Vorträge behandeln. Jeder kam einzeln dran. Wir fertigten nicht nur in der Werkstatt, sondern auch durch Selbstkritik an uns selber. Wir waren gar nicht so dumm und ungeschickt, wie wir geknüpelt haben. Das steigerte unsere Schaffensfreude und unser Solidaritätsgefühl.

Wir machten Besichtigungen in Betrieben und öffentlichen Einrichtungen, schärfte so unseren Blick und unser soziales Verständnis. Wir machten Aufsätze darüber und schufen uns im schriftlichen Verkehr. Jeder Kollege hatte für sich einen großen Gewinn.

Der erste Winter ging schnell vorüber, aber wir wollten nicht auseinander gehen. „Gut“, sagte unser Kollege Babler, „dann wollen wir einmal richtig arbeiten“. Wie haben wir denn noch nicht richtig gearbeitet? Da ist irgendwo in einem etwas abgelegenen Nachbarort eine Bezirksversammlung unseres Verbandes abzuhalten. Irgendwo anders ist ebenfalls eine Metallarbeiterversammlung. Wir brauchen Referenten. Das war ein großes Ereignis für jeden, der einmal draußen war und mit den Kollegen in Versammlungen sprechen durfte. Das not-

wendige Verantwortungsbewußtsein wurde in uns wach, so daß wir, von innerer Kraft getragen, überall Erfolge hatten.

Unsere Unterrichtsstunden sind immer lose in Form einer Arbeitsgemeinschaft aufgebaut. Sie sind auch nicht immer an bestimmte Gebiete gebunden, obwohl wir eine klare, aufbauende Linie verfolgen. Zuerst werden in der Stunde die wichtigsten gewerkschaftlichen Ereignisse, wie z. B. jetzt der Berliner Schiedsspruch, behandelt, dann kommt unsere eigentliche theoretische Arbeit über Wirtschaftsfragen usw. Zum Schluß werden örtliche Angelegenheiten besprochen. Unser Stoff ist so eingeteilt, daß wir nie länger als eineinhalb Stunden zusammen sind.

Diese Bildungsarbeit ist von unschätzbarem Wert. Und was besonders wichtig ist: sie ist von ganz geringen Kosten. Unsere Kollegen sind alle mit großer Hingabe bei der Sache. Wir sind zu einem festen Stamm herangewachsen. Möge es in vielen Ortsverwaltungen auch so gehen. Ein Schüler aus Heilbronn.

Jubilare feiern

Das Sauerland ist allgemein bekannt als eines der Gebiete, wo der Gedanke der modernen Arbeiterbewegung auf Grund religiöser Vorurteile schwer Fuß fassen kann. In keinem Gebiet Deutschlands wirken wohl die Zwangsmittel der Kirche so gegen den Sozialismus, wie gerade in diesem Teil Westfalens. Aus diesem Grunde spricht man im Volksmund sehr viel vom „schwarzen Sauerland“. Und trotzdem kennt man auch im schwarzen Sauerland ein rotes Licht: Warstein.

Zu Beginn der Jahrhundertwende schlossen sich hier ein halbes Hundert Metallarbeiter dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an. Schon nach kurzer Zeit hatten sie die Willkür des Unternehmers in vollem Maße zu verspüren. Bei der Firma Bergenthal mußten sie sich gegen Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen. Monatlang dauerte der Kampf. Mit zäher Ausdauer wurde er von den Streikenden geführt und endete mit einem vollen Erfolg. Der DMV hatte in Warstein seine Feuerprobe bestanden. Gewiß versuchte man mit allen kleinsten Mitteln auch in künftiger Zeit, sei es durch Abtreibung der Versammlungslokale, sei es durch die Verfemung von der Kanzel, die Arbeiter irre zu machen. Vergebens. Trotz setzten sich die Sauerländer jedem Beginnen, ihre Organisation zu schädigen, zur Wehr. In Treue versuchten sie, in ihrem Ort die Bewegung aus- und aufzubauen.

So konnte denn auch unsere Verwaltungsstelle Warstein am 29. November eine verhältnismäßig recht ansehnliche Zahl von Jubilaren ehren. Die Festrede hierzu hatte der Bezirksleiter, Kollege Walter Freitag-Hagen, übernommen. Er schilderte den Kampf, den die alten Kollegen in mehr als 25jähriger Zugehörigkeit zum Verband durchzuführen mußten, wie sie sich für ihre Überzeugung einsetzen mußten zu einer Zeit, da noch Mut dazu gehörte, freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter, besonders im schwarzen Sauerland, zu sein. Er gedachte vor allem auch der Opfer, die die Frauen der Jubilare gebracht haben, wie sie in ihrer Überzeugung den Mann stärkten, daß er nicht irre wurde an der Bewegung. Mahnende Worte richtete er an die Jungen, in Treue und Opferbereitschaft den Alten nachzueifern. Im Auftrage des Vorstandes und der Bezirksleitung beglückwünschte er die Jubilare, denen zur äußeren Anerkennung eine Ehrenurkunde und die Silbernadel überreicht wurde.

Für die Jubilare dankte dann unser alter Johann Hoppe, der auch einen Rückblick hielt auf die Kampffahre, die der Verband bisher in den Bergen des Sauerlandes hinter sich hat. Die Reden wurden umrahmt von Darbietungen der Freien Sänger, Warstein, der Arbeitersportler und der Jugendabteilung des DMV. Diese und noch andere Darbietungen hielten die Versammlung noch manche Stunde zusammen.

Am 11. November konnte die Verwaltungsstelle Emden auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken. Die Mitglieder und ihre Angehörigen waren der Einladung zu der Jubiläumfeier zahlreich gefolgt. Der Geschäftsführer Nauschütt begrüßte die Erschienenen herzlich und dankte den Jubilaren für ihre der Organisation bewiesene Treue. Er wies darauf hin, daß von den Gründern der Verwaltungsstelle der Kollege Bernhard Maas bis zur Stunde noch der Organisation angehört. Die Festrede hatte der Koll. Engelbert Graf übernommen. In dreiviertelstündiger Rede ging er auf die großen Aufgaben der organisierten Arbeiterschaft ein, führte die vergangenen Kämpfe an und wies auf das Ziel, die Überwindung des kapitalistischen Systems, hin.

Darauf erfolgte die Ehrung der Jubilare, denen eine Urkunde sowie eine Nadel überreicht wurde. Die Feier wurde verschönt durch Vorträge des Volkschors sowie einen Sprechchor der Arbeiterjugend.

SCHRIFTENSCHAU

Aufbau. Sozialistische und erziehungswissenschaftliche Monatschrift. Das Oktoberheft bringt Material über Kirche und Schule. Einzelpreis 50 Pf., vierteljährlich 1,50 M und Bestellgeld. (Postzeitungsliste Berlin.) Freier Schulverlag GmbH, Berlin C 25, Landsberger Straße 87.

Aufbau und Geschichte der interterritorialen Kesselkreise. Von Friedrich Hornschuh. Beihft 17 zur Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart. Preis 30 M., für Bezieher der Zeitschrift 24 M.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1930. Verlag Reimer Hobbing, Berlin SW 61. Geb. 6,90 M. — Es ist gesagt worden, daß dieses statistische Nachschlagewerk das fesselndste deutsche Buch sei. Das scheint uns auch auf die neueste Ausgabe zuzutreffen, zumal sie erweitert wurde und die neuesten Zahlen für alle gesellschaftlichen Einrichtungen dies- und jenseits der deutschen Grenze enthält.

Brandfackeln über Polen. Die Kriegswirklichkeit, die ein Teilnehmer, Konrad Seiffert, auf dem Vormarsch im Osten erlebt und empfunden hat. Erinnerungen an den Weltkrieg werden lebendig. Hat die Menschheit diese Schrecken schon vergessen? Bei den Kriegshetzern unserer Patentpatrioten erscheint das möglich. Diese Sorte Hurraschreier und Hetzer zu Rock und Hose hat den Krieg nie in seinen Tiefen und Schrecken erlebt und empfunden, darum ist es gut, daß beherzte Männer immer und immer wieder das Bild des Krieges lebendig werden lassen. Die Sporen sollen die Menschheit schrecken. Sorgf. daß der Krieg nicht vergessen wird. Preis des Buches kart. 3,50 M., gebunden 5 M. Fackelträger-Verlag, Hamburg-Bergedorf.

Die deutsche Waggon-Industrie. Zusammenge stellt und bearbeitet nach Erhebungen des Vorstandes des DMV. Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 14B.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 - 6753

Mit Sonntag, den 21. Dezember ist der 52. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. Dezember 1930 fällig

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse				Beginn der Beitrags-erhöhung
	I	IIa	IIIa	IV	
Nossen	20	20	—	—	1. Woche 1931

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Betriebsräte-Kurse in Dürrenberg 1931

Im nächsten Jahre finden wieder einige allgemeine Betriebsräte-kurse statt, zu denen wir hiermit zur Einreichung von Bewerbungen auffordern. Lehrfächer sind:

Nationalökonomie, Wirtschaftsgeographie, Wirtschaftsgeschichte, Arbeitsrecht, Handelsrecht und bürgerliches Recht, Gewerkschafts- und Verbandsgeschichte, Sozialpolitik, wissenschaftliche Betriebsführung, Kalkulation, Rationalisierung.

Zugelassen zur Bewerbung sind Mitglieder mit einer mindestens dreijährigen Mitgliedschaft und einer ehren- oder hauptamtlichen Tätigkeit im Verband als Betriebsratsmitglied, Branchenleiter, Vertrauensmann oder Geschäftsführer von einjähriger Dauer. Die Bewerber dürfen nicht schon an einem Kurs in Dürrenberg teilgenommen haben.

Voraussetzung für die Berücksichtigung der Bewerbung ist ferner geistige Reife und Aufnahmefähigkeit und nicht zu hohes Alter (in der Regel nicht unter 20 und nicht über 40 Jahre).

Die Bewerber haben einen selbstgeschriebenen Lebenslauf einzureichen, aus dem der Beruf, das Alter und der Familienstand, Bildungsgang und die Tätigkeit im Verband zu ersehen ist.

Die Hörer erhalten Fahrgeld 3. Klasse von ihrem Wohnort nach Dürrenberg und zurück sowie freie Verpflegung und Wohnung während der Kursdauer. Für den Reisetag wird bei ganzen Tagen eine Entschädigung von 6 M und bei halben Tagen eine solche von 3 M gewährt. Für den entgangenen Arbeitsverdienst erhalten Verheiratete eine Entschädigung von 85 vH, Ledige eine solche von 40 vH; für Akkordarbeiter wird bei der Berechnung der Durchschnittsverdienst der letzten 13 Wochen zugrunde gelegt. Bezüglich der Teilnehmer aus dem Angestelltenverhältnis wird vorausgesetzt, daß diesem der erforderliche Urlaub von der örtlichen Verwaltung gewährt und die an die Familie zu leistende Entschädigung mit ihm vereinbart und aus der Lokalkasse geleistet wird. Für finanzschwache Verwaltungen wird auf Antrag ein Zuschuß aus der Hauptkasse gewährt. Während des Aufenthalts der Hörer in der Wirtschaftsschule in Dürrenberg unterstehen diese der dort geltenden Hausordnung, die die Hörer nach erfolgter Auswahl bei der Ortsverwaltung einsehen können, im übrigen auch auf Anforderung den Bewerbern zugestellt wird.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 5. Januar 1931 einzureichen. Diese stellen zu dem bis zu diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Mitgliedschaft und die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen übermitteln hierauf die Bewerbungen bis spätestens den 10. Januar 1931 an die zuständige Bezirksleitung zur Information und Überprüfung und zur Weiterleitung an den Vorstand bis spätestens den 17. Januar 1931.

Alle älteren Bewerbungen sind damit erledigt.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 6.450.961, lautend auf den Elektrohelfer Albert Anger, geb. am 13. Februar 1882 zu Geyer. (Oederan.)

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 14B

Der Vorstandsvorsitz

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten!

von Metallarbeitern aller Branchen nach Hameln D.; von Metalldruckern nach St. Louis in Ober-Elsaß (Fa. Gröninger, Aluminiumfabrik) D.

von Silberarbeitern nach Burgdorf i. Hann. A. u. St.; von Werftarbeitern nach Bodenwerder bei Hameln D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung

Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zur Zeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

Jahrbuch 1929 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14. Geb. 9,50 M., Organisationspreis 7 M. — Das von der Spitzenleitung der freien Gewerkschaften veröffentlichte neueste Jahrbuch ist noch mehr als seine Vorgänger eine Fundgrube des wirtschaftlichen, sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Lebens. Es ist unentbehrlich für jeden, der sich mit öffentlichen Dingen befaßt, und noch unentbehrlicher für den Gewerkschafter.

Der Bücherkreis. Das 4. Heft ist dem Nationalsozialismus gewidmet. In erster und heiterer Art setzt man sich mit den Verfechtern des dritten Reiches auseinander. Das Heft ist Rüstzeug im Kampf gegen die nationalen Schwadroniere. Preis des Heftes 90 Pf. Verlag: Der Bücherkreis GmbH, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7.

Fünf Jahre in Frankreich

Geschautes und Erlebtes eines heimgekehrten Metallarbeiters

Daß die Verhältnisse in Frankreich vor und nach dem Kriege von Grund aus verschieden sind, versteht sich. Konnte man vor dem Kriege ohne weiteres nach Frankreich wandern, auch als „Kunde“ auf der Landstraße, und Arbeit suchen, so änderte sich das nach dem Kriege. Sogar die Angehörigen der ehemaligen verbündeten Staaten, wie Engländer, Italiener usw., müssen jetzt Pässe mit Einreiseerlaubnis haben.

Nach dem Kriege, wo die französische Industrie sich verdoppelte und verdreifachte, wozu noch der ungeheure Menschenverlust (über 1 Million Tote) kam, war die Industrie gezwungen, soviel als möglich ausländische Arbeitskräfte zu bekommen. Deutsche Arbeiter kamen aber in den ersten Jahren gar nicht in Betracht. Ja, der Pariser Industriellenverband hatte beschlossen, bis zehn Jahre nach Kriegsschluß überhaupt keine deutschen Arbeiter zu beschäftigen.

Es ist für einen Nichtsprachkundigen als Facharbeiter überhaupt schwierig, im Innern Frankreichs Arbeit zu erhalten. Zeichnung lesen ist das mindeste, was er können muß. Vor Arbeitsaufnahme im deutschsprechenden Elsaß-Lothringen rate ich einem verheirateten Kollegen dringend ab. Seiner Familie könnte er nichts schicken. Die elsässischen Industriellen nützen die schlechte Arbeitslage Deutschlands und die damit verbundene Auswanderungslust weidlich aus. Ein Lediger kann zur Not noch vegetieren, mehr nicht. In der französischen Provinz ist es nicht viel besser, aber die Lebensverhältnisse sind dort billiger. In Paris ist es ja am günstigsten, was Lohn- und Lebensverhältnisse anbelangt, aber Sprachkenntnis ist Vorbedingung.

Daß es aber auch heute noch, zwölf Jahre nach dem Krieg, für einen Deutschen noch Zufall ist, in Paris Arbeit zu erhalten, habe ich selbst wieder erfahren. Im Jahre 1928 wurde ich nach Anfrage bei Renault und Citroën, den zwei größten Automobilfirmen, jedesmal sofort eingestellt, wie sie aber meine Ausweispläne sahen, achselzuckend hinauskomplimentiert. Ich hatte diesen Sommer wieder schriftlich (französisch) angefragt, aber vergebens. Sie verkaufen wohl gerne ihre Automobile nach Deutschland, aber deutsche Arbeiter einstellen — — —!

Bei den Löhnen herrschen große Unterschiede. Gewiß, die Lebensverhältnisse sind auch sehr verschieden, aber in keiner Weise so, daß die krassen Lohnunterschiede gerechtfertigt wären. Während in Paris und Marseille Löhne für Facharbeiter von 5,50 bis 6,50 Fr. die Stunde bezahlt werden (im Akkord), so zahlt man im Elsaß kaltschnäuzig 3 bis 4 Fr. und noch weniger (6 Fr. = 1 M.). Gearbeitet wird überall im Akkord. Gesetzlich gilt die 48-Stunden-Woche, wird aber nirgends eingehalten. Zwei bis drei Überstunden, in den meisten Fällen ohne Zuschlag, sind die Regel. Mit 150 Fr. wöchentlich kann man zur Not leben. Die Lebensmittel- und Gebrauchsmittelpreise sind seit der Frankenstabilisierung (1928) so ziemlich beim Weltmarktpreis angelangt. Kleider und Schuhe sind so teuer wie bei uns. Wohnungsverhältnisse sind grundverschieden von unseren. Während man in Paris und anderen Großstädten in sogenannten Hotels, das sind Logierhäuser einfachster Sorte, Zimmer von 35 bis 45 Fr. die Woche haben kann, leben die Arbeiter der Großbetriebe in der Provinz hauptsächlich in Baracken, und zwar 2, 3, 4 und noch mehr in einem Raume zusammen. Hier sind meistens Kantinen vorhanden, wo Massenabfütterung stattfindet. Da nun in solchen Baracken und Kantinen Polen, Neger, Tschechen usw. beieinander oder durcheinander hausen, kann man sich ein Bild von den Zuständen machen.

Ich rate jedem ab, aufs Geratewohl nach Frankreich zu gehen. Es ist ja bedauerlich, daß man, um sicher das Visum des französischen Konsulats zu erhalten, mit der betreffenden Firma einen mindestens einjährigen Vertrag abschließen muß. Wer ihn nicht einhält, darf von keiner anderen Firma eingestellt werden. Beim Unterschreiben achte man sehr darauf, daß der ortsübliche für Einheimische geltende Lohn garantiert wird. Tarife sind lange nicht überall vorhanden. Bei Arbeitsantritt benötigt man eine sogenannte Identitätskarte, die von der örtlichen Polizeibehörde ausgestellt wird. Bei Vertragsarbeitern kostet sie 10 Fr. und wird dann gewöhnlich von der betreffenden Firma besorgt. Wenn man nach einem Jahr freier Arbeiter ist, muß die Karte jedes Frühjahr erneuert werden und kostet dann 20 Fr. (3,20 M.). Wenn einer genügend Geld hat, kann er auch so nach Frankreich: immer mit Paß und Visum. Bevor er Arbeit suchen kann, muß er sich im Arbeitsministerium (Paris, Avenue Kapp) melden mit obiger Karte, die in diesem Falle aber 60 Fr. kostet und im Polizeipräsidentium (Préfecture) zu holen ist. Ärztliche Untersuchung und sonstige Laufereien kommen noch dazu.

In Frankreich wenn auch nicht überall, ist es üblich, daß jeder Neueintretende ein Probestück anfertigt. In der meisten Betrieben wird zum Beispiel von den Drehern die Herstellung eines Fräsdornes mit Konus und ein oder zwei Gewinden verlangt. Der Befehlsbekommt das Materialstück (zentriert), die nötigen Stähle und die Zeichnung. Dann wird ihm eine Drehbank zugewiesen. Er darf niemand fragen. Es kommt darauf an, den Fräsdorn in möglichst kurzer Zeit sauber und genau nach vorgeschriebenen Maßen herzustellen. Je besser die Arbeit ist, desto höher der Grundlohn. Für die Zeit der Probearbeit wird in der Regel der Grundlohn, in seltenen Fällen ein Durchschnittslohn bezahlt.

Nun noch einige Worte über die Hauptursache der verworrenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Frankreich. Wie in allen Ländern nach Kriegsende die Gewerkschaftsbewegung einen Aufschwung nahm, so auch in Frankreich. Hier kam noch hinzu, daß die gesamte Industrie riesig in die Höhe schnellte. Natürlich wollte auch die Arbeiterschaft teilhaben an dem Goldregen der ins Land kam in Form von Reparationslieferungen. Der Wiederaufbau des Kriegsgüterbetriebs, die Lieferungen für Heer und Marine, der Ausbau der Kolonialbahnen und des gesamten Verkehrswesens brachte Massenaufträge für die Industrie.

Die französischen Gewerkschaften hatten anfangs mit Erfolg die Löhne hinaufgeschraubt und Tarifverträge abgeschlossen. Um die Errungenschaften zu halten, war unbedingte Geschlossenheit nötig, weil eben die französische Industrie die gewerkschaftlich gleichgültigsten Arbeiter aus aller Welt zusammenfremmelte. Waren dank der Gewerkschaften die Löhne erfreulich gestiegen, so änderte sich das bald: die Löhne blieben wie bisher, während die Preise stiegen. Diesen ungünstigen Wandel zu bessern wurde immer schwerer, und zwar aus folgendem Grunde: Einige Zeit nach dem Kriege begannen die Moskowiter, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Auch in Frankreich wurde die alleinseligmachende Rote Gewerkschafts-Opportunisten aufgemacht und die Spaltung herbeigeführt. Das Ergebnis war das gleiche, das unfehlbar auch bei uns eintritt, wenn die Arbeiter nicht mit aller Macht sich diesem arbeiterverwässernden Treiben entgegenstemmen. Nicht bloß die Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfkraft war das Resultat, sondern die Arbeiterschaft wurde einer bleiernen Gleichgültigkeit entgegengeführt.

Heute ist es in Frankreich so, daß trotz großartiger jahrelanger Hochkonjunktur die ganze Arbeiterschaft nicht nur vollständig wehrlos ist, sondern daß sie auch infolge der schamlosen Politik der Moskauer ungewollt zu Lohndrückern auf dem Weltmarkt geworden ist. Hoffen wir, daß unsere gesunde deutsche Arbeiterschaft, die eine jahrzehntelange gewerkschaftliche Schulung hinter sich hat, vor diesem Unglück bewahrt bleibt und den Gewerkschaftszerstörern überall die richtige Antwort gibt. Zerstört ist schnell, wiederaufbauen dauert lange.

Wenn die Moskauer so besorgt für die deutschen Arbeitslosen wären, wie sie vorgeben, dann müßten sie in erster Linie dafür sorgen, daß Rußland seine Auslandsaufträge nicht an das hochkapitalistische Frankreich vergibt, wo so niedrige Löhne bezahlt werden, noch viel weniger nach Mussolinien. Aber lieber mit Mussolinien Freundschaft und Lieferverträge abschließen, als den deutschen Arbeitslosen Hilfe in Form von Industrieaufträgen zu bringen. Meine Firma in Paris hat ihre Turbinen, die von schlecht bezahlten Unorganisierten fabriziert wurden, hauptsächlich nach Rußland geliefert.

Lohnabbau in Italien

Der Ministerrat hat eine allgemeine Gehaltskürzung von 12 vH für alle staatlichen und öffentlichen Beamten und Angestellten beschlossen. Begründet wird diese Maßregel zunächst mit einem Fehlbetrag im Staatshaushalt von 729 Millionen Lire für die ersten vier Monate des Budgetjahres, zu dessen Beseitigung man weder zu neuen Steuern noch zu Steuererhöhungen greifen wolle. Die jetzige allgemeine Gehaltskürzung, die außer die staatlichen Beamten auch sämtliche Provinzial- und Gemeindebeamte, insbesondere die Lehrer sowie die Angestellten der halbstaatlichen Einrichtungen betrifft, soll die Einleitung zu einer Senkung der Preise und Mieten sein. Nachdem die Lira im Verhältnis von 1 zu 3,66 stabilisiert worden ist, sollte auch die ganze Wirtschaft auf eine Preisbasis vom Vierfachen des Vorkriegsstandes eingestellt werden, und der Staat will dieses Verhältnis auch den Preisen und Tarifen für die von ihm gelieferten Waren und Dienstleistungen (Post, Telegraf, Telefon, Eisenbahn usw.) zugrundelegen. An den Gehältern der halbstaatlichen Angestellten und der Korporationen, die 40 000 Lire jährlich überschreiten, werden höhere Kürzungen vorgenommen.

Das bisherige Defizit dieses Jahres, das ähnlich auch in den ersten Monaten der Vorjahre zu verzeichnen war, rührt sowohl aus einem Zurückbleiben der Steuererträge hinter dem Voranschlag infolge der Wirtschaftskrise und — dies noch mehr — aus einer Steigerung der Ausgaben, insbesondere der militärischen. Die Umsatzsteuer, die infolge einer wesentlichen Erhöhung, die in diesem Sommer vorgenommen wurde, eine Milliarde mehr erbringen sollte, hat bei dem Daniederliegen des Geschäftslebens trotz der stark erhöhten Umsätze nur ein kleines Plus ergeben. Bei den Verbrauchsteuern ist gegenüber dem Voranschlag namentlich ein Minderertrag des Tabakmonopols festzustellen, da eine Erhöhung der Tabakpreise, die in diesem Frühjahr zugunsten der neuen Tilgungskasse für die öffentliche Schuld vorgenommen wurde, zu einer starken Verminderung des Rauchens geführt hat.

Was die Erhöhung der militärischen Ausgaben betrifft, so stiegen sie im ersten Vierteljahr beim Kriegsministerium von 709 auf 803 Millionen Lire, bei der Marine von 249 auf 308 Millionen und bei der Luftschiffahrt von 109 auf 124 Millionen, und endlich bei den Kolonien von 42 auf 72 Millionen.

Die Erhöhung des schulpflichtigen Alters in England

Der Unterrichtsminister der englischen Arbeiterregierung Travelyan, hat einen Gesetzentwurf zur Erhöhung des schulpflichtigen Alters von 14 auf 15 Lebensjahre der Schulpflichtigen dem Parlament unterbreitet. Dadurch soll der Arbeitsmarkt von dem Zustrom der jugendlichen entlastet, die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen, die häufig mit ihrer Verwahrlosung einhergeht, vermieden und Arbeitsmöglichkeiten für die Erwachsenen geschaffen werden. Gleichzeitig wird die bessere Ausbildung der Jugendlichen der Arbeitsgeschicklichkeit der englischen Arbeiterschaft und ihrem kulturellen Stand zugeute kommen. Die verlängerte Schulpflicht soll am 1. April 1931 in Kraft treten. Die Kosten für die neuangestellten Lehrer und die sachlichen Mehrausgaben werden für die nächste Zukunft nicht angegeben. Nach 1938 dürften sie etwa 50 Millionen Mark im Jahre betragen.

Der erbitterte Kampf der Opposition gilt nicht der Verlängerung der Schulzeit an sich, sondern der damit verbundenen Pflicht des Staates, die Eltern der Jugendlichen, soweit sie darauf angewiesen sind, zu unterstützen. Die Eltern sollen, falls ihr Einkommen unter einer bestimmten, vom Unterrichtsministerium angegebenen Grenze bleibt, ein Jahr lang wöchentlich 5 Schilling als Beitrag zur Erhaltung des jugendlichen erhalten. Die Grenze schwankt zwischen 60 bis 105 M die Woche, je nach der Kinderzahl. Die Kosten dieser Unterstützung dürften im ersten Jahre 75 Millionen M betragen, steigen auf jährlich 107 Millionen M in den Jahren 1934/35 und auf 110 Millionen M in den Jahren 1935/36. Es ist weniger gegen die Höhe dieser Ausgaben, die die Opposition auf den Plan ruff, als der grundsätzliche Widerstand gegen die Verpflichtung des Staates, den Eltern Zuwendungen zuzuleiten.

Die Arbeitslage in der Metallindustrie

Weitere Zunahme der Arbeitslosen, geringe Abnahme der Kurzarbeiter

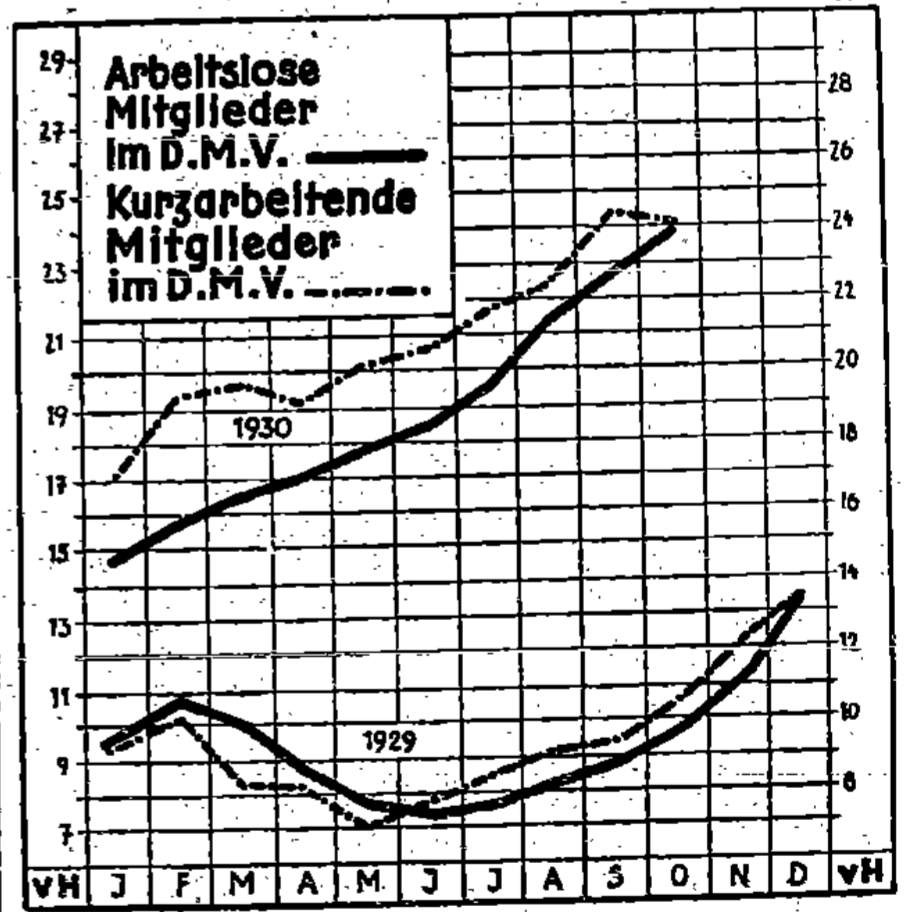
Die Arbeitslage der Metallindustrie hat sich im Monat Oktober weiter verschlechtert. Der Anteil der arbeitslosen Mitglieder unseres Verbandes erfuhr eine Erhöhung von 22,7 auf 23,9 vH. Zieht man die Vormonate zum Vergleich heran, so ergibt sich, daß der August einen um 1,8, der September einen um 1,4 und der Oktober einen um 1,2 vH höheren Stand als die betreffenden Vormonate aufweisen. Eine gewisse Verringerung des Tempos in der Entwicklung der Krise ist dadurch erkennbar.

Die Zunahme der arbeitslosen Mitglieder im DMV war am stärksten im Bereich des Landesamtes Hessen, wo der Anteil von 22,2 auf 29,6 stieg. Erst in weitem Abstand folgen die Arbeitsamtsbezirke Sachsen, die Nordmark, Schlesien und Mitteldeutschland mit einem 2,9 bis 1,9 höheren Hundertsatz gegen den Vormonat. Die übrigen Landesamtsbezirke bleiben mit ihrem erhöhten Anteil unter dem Durchschnitt von 1,2 vH. Im Bezirk Rheinland und Bayern trat ein kleiner Rückgang der arbeitslosen Mitglieder ein.

In der Reihenfolge der Arbeitsämter mit dem höchsten Stand arbeitsloser Mitglieder trat eine Verschiebung ein. Sachsen, das im Vormonat die zweite Stelle einnahm, ist mit 32 vH an die Spitze gerückt. Pommern, das seit Monaten fast ununterbrochen an erster Stelle stand, ist auf den zweiten Platz gedrängt. Hessen ist infolge der starken Zunahme der Arbeitslosen von der siebenten in die dritte Stelle aufgerückt. Es folgt Mitteldeutschland mit 26,7, die Nordmark mit 25,9, Ostpreußen mit 25,1 und Bayern mit 24,4 vH. Am günstigsten stehen die Landesamtsämter Brandenburg mit 16,1 und Südwestdeutschland mit 17,9 vH.

Arbeitsamtsbezirk	Arbeitslose Mitglieder			Kurzarbeitende Mitglieder		
	Aug.	Sept.	Okt.	Aug.	Sept.	Okt.
Ostpreußen	25,4	25,0	25,1	3,7	8,8	7,6
Schlesien	21,0	21,1	23,3	25,7	28,9	28,5
Brandenburg	15,0	15,3	16,1	6,1	6,2	6,1
Pommern	29,2	29,5	30,3	10,2	9,6	9,7
Nordmark	20,9	23,6	25,9	4,4	4,7	6,0
Niedersachsen	18,3	20,9	21,3	10,4	11,7	12,8
Westfalen	16,9	19,4	20,7	31,1	37,7	38,7
Rheinland	20,7	21,1	19,9	23,5	27,7	27,8
Hessen	19,7	22,2	29,6	33,3	37,0	37,5
Mitteldeutschland	27,5	28,6	26,7	27,6	28,5	28,1
Sachsen	28,6	29,1	32,0	19,9	20,9	21,0
Bayern ohne Pfalz	22,0	24,5	24,4	29,4	31,3	28,7
Südwestdeutschland	15,9	17,4	17,9	42,3	44,9	44,8
Deutsches Reich	21,3	22,7	23,9	23,4	24,4	24,0

Der Hundertsatz der kurzarbeitenden Mitglieder sank im Berichtsmonat von 24,4 auf 24 vH. Dieser Rückgang ist der erste seit April. Im Vormonat wies nur Pommern einen Rückgang der Kurzarbeiter auf, während im Oktober bereits sechs Landesamtsämter ein wenn auch teilweise nur geringes Nachlassen zeigten. Am stärksten tritt der Rückgang in Schlesien mit einem um 10,4 vH niedrigeren Stand der kurzarbeitenden Mitglieder in Erscheinung. Auch in Bayern ist der um 2,6 vH niedrigere Satz bemerkenswert. In den Arbeitsamtsbezirken Ostpreußen, Brandenburg, Mittel- und Südwestdeutschland beträgt der Rückgang 0,1 bis 0,9 vH. Die übrigen sieben Landesamtsämter weisen eine Zunahme der Kurzarbeiter auf. So hat die Nordmark einen um 1,3 vH, Niedersachsen einen um 1,1 und Westfalen einen um 1 vH höheren Stand der Kurzarbeiter. In Pommern, Rheinland, Hessen und Sachsen bleibt der höhere Hundertsatz unter 1 vH. Wie im Vormonat hält Südwestdeutschland mit 44,8 vH kurzarbeitender Mitglieder die Spitze. Es folgt Niedersachsen mit 38,7, Hessen mit 37, Bayern mit 28,7, Mitteldeutschland mit 28,1 und das Rheinland mit 27,8 vH. Verhältnismäßig günstig stehen die Nordmark mit 6 und Brandenburg mit 6,1 vH kurzarbeitenden Mitgliedern. A. W.



Ueber Thema darf nicht geredet werden

Die Preissenkungsaktion der Reichsregierung, ihre Möglichkeiten und Aussichten bilden allerorts das Tagesgespräch. Und überall erhofft man, wenn auch mit starken Zweifeln, davon einen recht bald in die Erscheinung tretenden Erfolg. Wie aber, wenn sich dieser Erfolg nicht sofort in konkreten Zahlen äußert oder diese Zahlen gar das Gegenteil erweisen?

Dagegen hat die bayerische Regierung ein praktisches Rezept erfunden. Sie verbietet einfach die Veröffentlichung solcher Zahlen. In Ludwigshafen ist nämlich nach Ermittlungen des dortigen Statistischen Amtes der Lebenshaltungsindeks in den letzten Wochen um 1,4 vH und in der Gruppe Ernährung sogar um 1,6 vH in die Höhe gegangen. Das ist ein recht peinliches Ergebnis der Preissenkungsaktion. Und wenn das so weitergeht, könnte der naive Glaube des Volkes an die Allmacht der Reichsregierung verloren gehen. Deshalb darf über das Thema „Preissenkung“ in Ludwigshafen in Zukunft nicht mehr geredet werden. Das Statistische Amt daselbst ist von der bayerischen Regierung angewiesen worden, die Indexziffer in Zukunft nicht mehr zu veröffentlichen. Das ist freilich angenehmer und dazu auch viel bequemer!

